

# Proletarier

Internationaler Kommunistischer Partei

aller Länder, vereinigt Euch!

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Zweimonatszeitung der  
IKP

Nr. 5 - Sept./Okt. 1979

Preis:  
50 Pfg.

## Faschismus und Demokratie: Zwei Gesichter der Bourgeoisie

Die Lebensbedingungen des Proletariats verschlechtern sich, und im Hinblick auf weitere Krisen und internationale Konflikte wird sich die Ausbeutung noch verschärfen. Die internationale Bourgeoisie liefert sich nicht nur einen immer unerbittlicheren Konkurrenzkampf, sondern bereitet sich auch auf einen neuen imperialistischen Weltkrieg vor: Hierfür muß sie eine Straffung der sozialen Disziplin durchsetzen.

Um dem Klassenkampf, der daraus hervorgehen wird, zuvorzukommen, baut die Bourgeoisie ihren staatlichen Gewaltapparat aus. Überwachung und polizeiliche Unterdrückung nehmen ständig zu. Als Begleitmusik zu dieser Zunahme ihres Gewaltpotentials entfesselt die Bourgeoisie eine lärmende "antifaschistische" und "antitotalitäre" Propagandawelle. Sie zetert gegen "jede" Gewalt.

Es handelt sich dabei nicht allein um den Versuch, diese Steigerung des Gewaltpotentials hinter Phrasen zu verbergen, sondern auch um eine Einschüchterungskampagne. Die bürgerliche Ausschlichtung der Nazi-Zeit ist im Grunde eine Warnung an das Proletariat: Solltest Du wieder dein Haupt erheben, so wird wieder losgeschlagen wie damals! So ergänzen sich die antifaschistische Kampagne der Bourgeoisie und die Umtriebe der Neo-Nazis. Beide verfolgen das gleiche Ziel: das Proletariat einzuschüchtern, es vorbeugend von Anwendung seiner Klassengewalt abzulenken und abzuhalten.

Es hat daher keinen Sinn, an den bürgerlichen Staat gegen die Faschisten zu appellieren, vom bürgerlichen Staat das Verbot oder die Entwaffnung der Faschisten zu fordern. Das wirkt desorganisierend auf das Proletariat, dient nur der Verschleiерung der Tatsache, daß Demokratie und Faschismus zwei Kampfmethoden und Herrschaftsformen der Bourgeoisie sind. Und das dient auch der Verschleiерung der Tatsache, daß die Demokratie, die sich nach dem zweiten Weltkrieg wieder errichtete, sich die Erfahrungen des Faschismus zu eigen machte und sich auf alle konterrevolutionären Errungenschaften des Faschismus stützen konnte. Wie dieser verfolgt sie mit allen Mitteln der Gewalt, des Reformismus und damit einhergehend der Integration der gewerkschaftlichen Organisationen in die staatliche Politik die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens und der Klassenzusammenarbeit.

Durch die Appelle an den bürgerlichen Staat, durch den (Übrigens jederzeit und erwiesenermaßen illusorischen und erfolglosen) Versuch, die "Demokratie gegen den Faschismus" zu verteidigen, geht man nur bewußt oder unbewußt der Bourgeoisie auf den Leim und ordnet das Proletariat der scheinbar friedfertigen Methode seiner Unterdrückung unter. Wie das Beispiel Italiens, Deutschlands und Spaniens in den 20er und 30er Jahren lehrt, ist das Ergebnis die programmatische, politische

und physische Entwaffnung des Proletariats. Wenn das Proletariat durch die materiellen Verhältnisse zum Kampf gezwungen wird, wird es zunächst vom demokratischen Staat mit blutiger Gewalt geschlagen (Deutschland 1918-23, Italien 1921-22 Hand in Hand mit Mussolinis Banden, Spanien 1933-38 selbst im Laufe des "Bürgerkriegs gegen den Faschismus!"), um dann, nachdem es wehrlos gemacht wurde, von den Faschisten den Gnadenstoß zu erhalten.

Die Alternative kann daher niemals heißen: Entweder Demokratie oder Faschismus, sondern nur: Entweder Kapitalismus oder Kommunismus, d.h. entweder Diktatur der Bourgeoisie, die in demokratischer oder faschistischer Form den Kapitalismus schützt, oder Diktatur des Proletariats, um den Kapitalismus zu zerschlagen und die kommunistische Weltwirtschaft zu errichten. Das Proletariat kann den Faschismus daher nur bekämpfen, wenn es gegen die bürgerliche Herrschaft insgesamt, also gegen den bürgerlichen Staat kämpft.

Das ist der Leitstern für jede einzelne Aktion und Forderung. Man kann das Proletariat nicht schützen, indem man es politisch entwaffnet. Man kann die faschistischen Banden nicht dadurch schwächen, daß man Illusionen über den bürgerlichen Staat, der immer und heute mehr denn je die wesentliche Festung der Bourgeoisie ist, verbreitet und diesen Staat stärken hilft. Die Frage steht auf dem Boden der Gewalt einer Klasse gegen die andere. Faschistische Schläge kann man nur durch den proletarischen Selbstschutz abwehren; die Faschisten kann man nur durch die offensive proletarische Gewalt schlagen.

Ist man, wie heute, dazu noch nicht in der Lage, so muß man arbeiten, um die politischen Bedingungen dafür zu schaffen, bzw. das Proletariat darauf vorzubereiten. Und die erste Bedingung hierfür ist der Bruch der Arbeiterklasse mit der Demokratie und dem Reformismus: Also der politische Kampf - auch im Laufe der ökonomischen Kämpfe und anknüpfend an die allerunmittelbarsten Interessen der Arbeiter -, um diesen Bruch zu ermöglichen, zu beschleunigen und zu vertiefen. Dadurch wird die Klassenbewegung des Proletariats, die aus den Widersprüchen des Kapitalismus wieder hervorgehen wird, in der Lage sein, den Sieg zu erringen, anstatt wieder von Faschismus und Demokratie geschlagen zu werden.

Was die sogenannten "Linken" heute betreiben, ist im Gegenteil die Ablenkung der eigenen Militanten und des Proletariats vom bürgerlichen Staat auf die faschistischen Banden. Sie betreiben demokratischen, sprich bürgerlichen Antifaschismus. Und wie verkommen dieser ist, zeigt sich daran, daß sie vom politischen Kampf auf Rockveranstaltungen ("Rock gegen Rechts") und Friedensmärsche ablenken.

- Für die Kampfeinheit des Proletariats gegen alle Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen!

- Für die Organisation des proletarischen Selbstschutzes!

- Für den proletarischen Klassenkampf!

- Für die proletarische Weltrevolution! Für die Diktatur des Proletariats! Für den Kommunismus!

## Flüchtlingsdrama in Südostasien

Produkt der kapitalistischen  
Entwicklung in Vietnam,  
gefundenes Fressen für  
bürgerliche Heuchelei

Sofern es im gegnerischen politischen Lager auftritt, steht das Elend im Kapitalismus hoch im Kurs. Heuchlerische Tränen des Mitleids werden im Westen über das Schicksal der vietnamesischen Flüchtlinge vergossen. Und um von Vietnam zu erreißen, daß der Flüchtlingsstrom gestoppt wird, haben die westlichen Staaten die "Lebensmittelhilfe" für dieses Land gestrichen. Ihr humanitäres Betätigungsfeld hat sich auf die Aufnahme eines Teils der "boat people" verlagert. Jede Gruppe von Flüchtlingen, die in der BRD eintrifft, darf als Gegenstand der Selbstbeweihräucherung der bürgerlichen Politiker aller Couleur dienen.

Eine Gesellschaft, die im Laufe von 40 Jahren durch ein weltweites und mehrere lokale Gemetzel, durch den "Holocaust" von riesigen Menschenmassen in Krieg und Frieden, durch milliardenfachen Hunger unter demokratischen wie unter "autoritären" Regimes ihren Fortschritt genommen und ihre Funktionsfähigkeit behauptet hat, leistet sich den Luxus, Menschenliebe zur Schau zu stellen.

Der wahre Sinn der ganzen Kampagne liegt auf der Hand. Man will eine normale Erscheinung des Kapitalismus als eine Ausnahme und Regelwidrigkeit hinstellen. Schauen wir uns diese Erscheinung näher an im Hinblick auf beide internationalen Lager der "Menschenfreunde von Amts wegen".

Der ganze Westen ist angesichts eines doppelten "Verbrechens" von Verachtung und Schrecken erfüllt: einerseits das

Fortsetzung auf Seite 8

DDR 1949 - 1979

## Rückblick auf 30 Jahre realen Kapitalismus

Als Ergebnis seiner Niederlage im 2. imperialistischen Weltkrieg wurde das "Deutsche Reich" zerstört und geteilt. Es wird von niemandem bestritten, daß im Westen des Landes, der in die Einflußsphäre der USA geriet, der Kapitalismus wiederaufgebaut wurde und ökonomisch, sozial und politisch seine Blüten treibt. Anders verhält es sich mit dem Osten. Der Einmarsch der russischen Armeen wurde von allen Propagandisten - ob deren Geldgeber nun im Osten oder im Westen sitzen - als Erweiterung der Einflußsphäre des Sozialismus und Ausgangspunkt für die Zerstörung der kapitalistischen Produktionsweise und Gesellschaftsordnung ausgegeben. Diese gemeinsame Einschätzung beruht auf dem stalinistischen Dogma, in der UdSSR habe der "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" stattgefunden. In Wirklichkeit aber hatte der Stalinismus keineswegs zu einer Festigung der sozialistischen Errungenschaften der Oktoberrevolution oder zu einer bloßen "bürokratischen" Entstellung dieser Errungenschaften geführt. Er bedeutete im Gegenteil eine Konterrevolution, den politischen Ausdruck des Sieges des Kapitals (das in Rußland allein ohnehin nicht hätte abgeschafft werden können). Über die russische wie internationale Arbeiterklasse. Er bedeutete die gewaltsame Zerstörung der bolschewistischen Partei wie der Kommunistischen Internationale und auf dieser Grundlage die Verwandlung der Diktatur des Proletariats in Rußland in eine Diktatur der Akkumulation des Kapitals. Und als Ideologie stellt der Stalinismus die Verklärung dieser Konterrevolution dar, den Versuch ihrer Rechtfertigung durch

eine restlose Entstellung des Marxismus. Den internationalen Charakter der Partei, der Revolution und des Sozialismus verwandelte er in das Etikett des "Sozialismus in einem Lande". Die Lohnarbeit, deren Zerstörung die sozialistische Umgestaltung bedeutet, wurde für mit dem Sozialismus vereinbar erklärt, und dasselbe gilt auch für die Warenproduktion, das Geld und die wachsende Akkumulation von Kapital. Wer mehr und schneller wächst, spricht auf der Grundlage der Lohnarbeit Kapital akkumuliert, wurde gar zum Gradmesser des "Sozialismus" gemacht. Die Aufblähung des Staatsapparates, der sich durch imperialistische Kriege und Bündnisse mit anderen bürgerlichen Staaten einen Platz an der Sonne der Weltherrschaft eroberte, wurde als Festigung der "Arbeitermacht" gerechtfertigt, während sie in Wirklichkeit wie im Westen das Produkt der kapitalistischen Entwicklung und des wachsenden Gegensatzes zwischen den Klassen ist. Das Staatseigentum (das sich in Rußland übrigens fast nur auf die Großindustrie beschränkt), das für den Marxismus die äußerste Form des kapitalistischen Eigentums darstellt, "verwandelte" sich in das Merkmal des "Sozialismus" schlechthin, während der Versuch, durch Zusammenfassung aller verfügbaren Ressourcen und Einschränkung aller Konsumbedürfnisse der Arbeiterklasse Mehrwert maximal herauszupressen und in der Industrie zu investieren, gar als "sozialistische Planwirtschaft" in die gemarterten Köpfe unserer verworrenen Zeitgenossen eingetrichtert wurde.

Der 2. imperialistische Weltkrieg wurde

zum "großen vaterländischen Krieg" verklärt, und unter diesem Motto durfte das Proletariat, gerade weil als Klasse zerschlagen, hüben wie drüben als Kanonenfutter daran teilnehmen, um wieder einmal zu beweisen, daß es, das ja objektiv kein Vaterland hat, ein solches nur als Grab findet. Dieser "Große Vaterländische Krieg" (so etwas muß man wohl groß schreiben) besiegelte den erneuten Einstieg Rußlands in die Sphäre der imperialistischen Mächte, die sich die Welt untereinander aufteilen. Und er wurde im Sinne der ideologischen Verklärung der Konterrevolution als Erweiterung des sozialistischen Machtbereiches ausgegeben.

Als Ergebnis des Krieges kam Polen unter russische Fittiche und durfte dafür auch gleich seinen östlichen Teil definitiv an Rußland abgeben und als Ausgleich den Osten Deutschlands bekommen.

Der mittlere Streifen Deutschlands entsprach seinerseits mit seiner traditionell hochentwickelten Industrie ganz den Zielen des vor allem nach den riesigen Kriegszerstörungen nach Produktionsmitteln gierigen russischen Kapitals. Massive Demontagen und Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion in den Schlüsselindustrien setzten sofort mit der militärischen Besetzung 1945 ein. Hierfür und für die Kontrolle über die geschundene Bevölkerung wie zur Absicherung gegen den Westen schaffte der "große Bruder" unter der SMAD (Sowjetische Militäradministration) und DWK (Deutsche Wirtschaftskommission) ein System der zentralisierten Erfassung und Planung, auf dem 1949

Fortsetzung auf S. 7

### KOMMUNISTISCHES PROGRAMM

Nr. 23 September 1979

Inhalt:  
- Europa in der revolutionären Perspektive der Kommunisten

- Sturmzone Naher Osten  
Der Golgathaweg der Verwandlung der palästinensischen Bauern in Proletarier  
Der israelisch-ägyptische Frieden und die neue imperialistische Ordnung im Nahen Osten

- Die Kommunistische Partei Italiens und die faschistische Offensive (1921 - 1924) 2. Teil

# Zimbabwe - Rhodesien:

## Von der offenen Unterstützung der weißen Rassistenregierung zur Förderung der „Patriotischen Front“ oder wie der Imperialismus die Revolution zu verhindern sucht

Es wird viel geschwätzt über eine vermeintliche Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe. Jedoch schon bei der Aufzählung der "Unterstützer" sollte tiefstes Mißtrauen aufkommen: vom amerikanischen und russischen Imperialismus über die Kirche, den linken Flügel der SPD und sonstige "fortschrittliche" Bürger bis zum KBW reicht heute das illustre Spektrum. Man könnte mit Recht behaupten, daß es sich trotz der scheinbar weit gefächerten politischen Bandbreite hier um eine Einstimmung und Ausrichtung verschiedenster Parteien auf die vom Imperialismus betriebene, nicht ungeschickte Revolutionseindämmungspolitik handelt. Es sind ja nicht die moralisch makellosen, subjektiven Ansichten, die einer Politik Wirkung verleihen, sondern ihre Übereinstimmung oder Nicht-Übereinstimmung mit objektiven Klasseninteressen und -absichten. Es sind doch die Sowjetunion und die USA sowie die bürgerlichen sogenannten Frontstaaten, welche über ihre sonst sicher vorhandenen Gegensätze und Rivalitäten nunmehr eine Interessenallianz bilden, um "einen Rassenkrieg zu verhindern", wie Kissinger sagte. Und dies drückt sich in einer Politik aus, die auf einer Anerkennung der Rolle der "Patriotischen Front" (PF) beruht, als dem wesentlichen Faktor, um die radikalen Guerillas, die entwurzelten und verarmten Bauern, die Flüchtlinge und schwarzen Proletarier unter Kontrolle zu bekommen. Lösungen wie "Solidarität mit der PF", die Forderung ihrer Anerkennung durch die Bundesregierung, Aufrufe zu Spendensammlungen, Boykottaufrufe usw. liegen voll und ganz auf den irreführenden Bahnen imperialistischer Politik und Diplomatie. Sie helfen nicht jenen kämpfenden, unterdrückten Massen, sich vom Bleigewicht der sie kontrollierenden bürgerlich-nationalistischen Parteien und der diese wiederum beeinflussenden bürgerlichen und imperialistischen Mächte zu befreien, sondern verstärken das Gewicht nur noch.

### DER US-IMPERIALISMUS AUF IN AFRIKA UNGEWÖHNTEN PFADEN

Seit dem portugiesischen Exodus in Afrika, den trotz aller Bemühungen die amerikanische Politik nicht hatte verhindern können, sahen sich die USA genötigt, eine neue, den veränderten Bedingungen entsprechende Taktik einzuschlagen. Hatte vormals die Politik des westlichen Imperialismus darin bestanden, den status quo, d.h. die bestehenden Rassistenregierungen und das halbfeudale Äthiopien zu stützen, so wurde dies jetzt anders. Die Gefahren eines eskalierenden Rassenkrieges im gesamten südlichen Afrika, einer sich radikalisierenden Guerilla, einer noch stärkeren sowjetischen Einflußnahme auf dieses für den Westen so vitale Gebiet, einer dadurch bedingten stärker antiwestlichen Haltung der Frontstaaten und eines Zusammenbruchs der weißen Festung Südafrika, alle diese Gefahren bewirkten, daß die USA nunmehr radikale Antirassismustöne spuckten und Kontakte zu den schwarzen Nationalistenorganisationen suchten. In der Tat war das Ziel, einen mächtigen und die SU abweisenden Einfluß auf die Nationalistenorganisationen Zimbabwes, Namibias und Südafrikas auszuüben und ihre konservative Rolle in zukünftigen schwarzen "Mehrheitsregierungen" anzuerkennen. Wichtige Kanäle, um diese Ziele zu erreichen, waren und sind die Frontstaaten (Angola, Mosambik, Botswana, Tansania, Sambia), welche nicht nur aus ökonomischen Gründen (wirtschaftliche Verflechtung mit Rhodesien und Südafrika), sondern ebenso sehr aus politischen (um ihre, im Falle einer Revolution im südlichen Afrika recht instabilen Regierungen aufrechtzuerhalten) ein Interesse an dieser Politik haben.

Und natürlich sollte Großbritannien nicht vergessen werden, das als ehemalige Kolonialmacht mithilfe seines bis heute starken ökonomischen und politischen Einflusses in Rhodesien einen wichtigen Faktor im Spiel der Eskalationsvermeidung darstellt. Die Schachzüge, die Kissinger unternahm, waren alle mit Großbritannien koordiniert. Die Rolle Großbritanniens ist so sehr anerkannt von allen beteiligten Kräften, daß Nyerere (Präsident von Tansania) gar so weit ging, 1977 eine britische Militärintervention zur Entwaffnung der weißen (nur der weißen?) Rebellen gutzuhelßen und daß der ach so radikale "marxistische" Machel (Präsident von Mosambik und Schirmherr der ZANU) bei den Rhodesienverhandlungen im gleichen Jahr Großbritannien

alle notwendige Unterstützung zusagte. Und heute haben die schwarzafrikanischen Commonwealthstaaten mit der neuen Toryregierung einen abermaligen Versuch gestartet, über Allparteienverhandlungen und von Großbritannien kontrollierte Wahlen eine diplomatische Lösung der Krise zu finden. Im Grunde ist dies die Wiederaufnahme der amerikanisch-britischen Initiative, nur mit dem Unterschied, daß heute auch die schwarzafrikanischen Staaten zugesagt haben, sodaß nunmehr eine reelle Chance für den Imperialismus besteht - da die Frontstaaten die Patriotische Front politisch weitgehend kontrollieren -, eine Art "interne Lösung" mit Einbezug der "externen" PF zustande zu bringen.

### AUF DEM WEGE ZUR ANTIREVOLUTIONÄREN ALLIANZ VON US-IMPERIALISMUS, FRONTSTAATEN UND "PATRIOTISCHER FRONT"

Daß sich der westliche wie östliche Imperialismus im südlichen Afrika um verstärkten Einfluß bemühen muß, ist allerdings nicht einem vermeintlichen Extremismus der ZANU oder SWAPO usw. geschuldet, sondern vielmehr der sozialen Unrast, die aus dem unbeschreiblichen Elend der bäuerlichen Bevölkerung (deren Land die weißen Siedler raubten) und aus der Armut und der Hoffnungslosigkeit der urbanisierten, plebejischen und proletarischen Massen entspringt. Diese sozialen Interessen verflechten sich aufs Engste mit der politischen Frage, nämlich der Beseitigung der rassistischen Staaten und ihrer Ersetzung durch eine "schwarze Republik", welche immer noch bürgerlich wäre, die aber den Boden abgeben würde, auf dem sich der Klassegegensatz von Bourgeoisie und Proletariat erst richtig entwickeln könnte. Es ist hier anzumerken, daß die schwarzen Nationalistenorganisationen weder die eine noch die andere Frage konsequent und radikal stellen, sondern mit einem mäßigen, um die späteren Pfründe besorgten Nationalismus hausieren gehen. Nur eine proletarische und kommunistische Partei, welche frei von den bürgerlichen Beschränktheiten und kleinlichen Rücksichten ist, kann diese, zunächst noch rein bürgerlichen Fragen entschieden stellen, ohne dabei allerdings die selbständige und auch einer schwarzen Republik gegenüber antagonistische Haltung des Proletariats aufzugeben.

Es ist kein Zufall, daß die schwarzen Massen seit dem Aufruhr in Luanda und Soweto angespornt und durch den verstärkten Druck des Smithregimes gezwungen wurden, in stärkerem Maße und mit entschiedeneren Mitteln ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen. Und hier setzt auch zugleich die Initiative der um Ruhe und Ordnung sehr besorgten Frontstaaten ein. Sie begannen 1974, unter Einschaltung des damaligen südafrikanischen Premiers Vorster, das Smithregime unter Druck zu setzen, was nicht ohne Erfolg blieb: Smith erklärte sich dazu bereit, eine Verfassungskonferenz in Aussicht zu stellen, wenn die Guerillas ihre Aktionen beenden würden. Schon diese winzige - nicht einmal ernst gemeinte - Zusage läßt in den Nationalistenführern die Hoffnung keimen, ohne eine Revolution an die Macht zu kommen. So unterzeichnen, nachdem sie zu diesem Zweck von Smith aus der Haft entlassen wurden (!), Nkomo, Sithole und Mugabe zusammen mit Muzorewa und unter Beisein der Präsidenten der Frontstaaten ein Waffenstillstandsabkommen.

Da haben wir schon die Kräfte der Revolutionseindämmung vorort. Da haben wir die Frontstaaten, die alles geben würden, um eine Revolution in ihrer unmittelbaren Nähe zu verhindern. Da haben wir die gemäßigten und kompromißbereiten Nationalistenparteien, von denen jede die radikalen Massen nur benutzen will, um -an die Macht gelangt - deren soziale Bestrebungen zu unterdrücken.

Die radikalen Massen, die die Guerillas waren es, die durch Ignorierung des Kuhhandels ihrer Führer den Waffenstillstand brachen. Allein Mugabe gelang es, der ja ebenfalls gekuhandelt hatte, sich nun aber radikaler gebärdete, aus dem Unmut der Flüchtlingsmassen (vor allem in Mosambik) für die ZANU politisches Kapital zu schlagen. Die anderen Nationalistenkuhhandelten weiter. Und als schließlich die Verhandlungen an den Victoriafällen scheiterten (August 1975), blieb immer noch der für das internationale und rhodesische Kapital vertrauenswürdigste Nkomo (ZAPU), der mit Smith 1976

weiter über eine nichtrevolutionäre Lösung -nunmehr geheim - verhandelte. Aber der rhodesische Siedlerstaat, dessen materielle Existenz ja auf jenen Privilegien beruht, die die schwarzen Nationalistenführer und der Imperialismus nunmehr einschränken wollen, ist zu keinen Zugeständnissen bereit.

Zu diesem Zeitpunkt begannen die USA, die Initiative zu ergreifen, was von dem ach so radikalen Nyerere euphorisch begrüßt wird: "Immer wenn ich über die Zukunft Südafrikas nachgedacht habe, habe ich zu Gott und zu Washington gebetet; nun hat Washington meine Gebete beantwortet" (zitiert nach "Africa Contemporary Record 1976/77, A 4). Es kam zu dem von Kissinger angeregten Versuch, eine Regierung der nationalen Einheit (gemäßigte Schwarze und Rassisten) zu bilden, zu dessen Zweck die Genfer Rhodesienkonferenz (Okt./Dez. 76) stattfand. Auch dieser Konferenz und dem Ziel, eine schwarze Mehrheitsregierung "von oben" zu schaffen, standen die Nationalistenorganisationen nicht prinzipiell feindlich gegenüber. Sie unterwarfen sich dem Druck vonseiten des Imperialismus und der Frontstaaten und beteiligten sich. Zu diesem Anlaß kam es zu dem von den Frontstaaten initiierten Zusammenschluß von ZANU und ZAPU, der "Patriotischen Front". Aber auch die Genfer Konferenz scheiterte an der Unnachgiebigkeit der Rassisten. Das Scheitern des Kissingerplans führte nun endgültig dazu, daß die Frontstaaten wie auch der westliche Imperialismus mehr Druck auf das Smithregime ausübten. Es ist also kein Zufall, wenn die - sonst so auf diplomatische Lösungen erpichten - Frontstaaten plötzlich beschlossen, den "bewaffneten Kampf" zu befürworten und die Anerkennung der PF durch die OAU durchzusetzen. Dies ist durchaus kein Widerspruch zu den antirevolutionären bürgerlichen Interessen dieser Staaten, bestehen ihre Ziele doch darin, möglichst schnell den weißen Gefahrenherd zu beseitigen (und zwar mit einem genau dosierten und kontrollierten Minimum an Gewalt und ökonomischen Einbußen) und einen unkontrollierbaren Revolutionsprozeß zu vermeiden.

## Kuwait: Ein beispielhafter Streik

Gegen Ende des Monats Mai dieses Jahres sind die Docker und Hafearbeiter in Kuwait in einen unbefristeten Streik getreten, um Lohnerhöhungen durchzusetzen. Sie sind alle eingewanderte Ausländer, in der Mehrheit Inder und Pakistanis. Mit einem beispielhaften Mut haben sie damit einer massiven Hetzkampagne der arabischen Bourgeoisien, die viele ausländische Arbeiter ausweisen wollen, getrotzt.

Die Erdölstaaten am Golf sind ein Akkumulationspol, der eine große Masse von Proletariern aus den übrigen arabischen Ländern wie auch und vorwiegend aus Indien, Pakistan, Sri-Lanka usw. anzieht. Seit 1973 sind allein nach Saudi-Arabien mehr als 1 Million, nach Kuwait 400 000, in die Vereinigten Arabischen Emirate 400 000, nach Oman 74 000, nach Katar 70 000 und nach Bahrain 35 000 Arbeiter eingewandert. Und dies sind nur die offiziellen Zahlen, sie erfassen nicht die große Zahl an doppelt unterdrückten und doppelt rechtlosen "illegalen" Einwanderern. Diese Erscheinung ist so wichtig, daß in vielen Ländern der Halbinsel die Zahl der "Einheimischen" nicht mehr als 1/5 der Bevölkerung ausmacht. Die Arbeiterklasse hat hier im buchstäblichsten Sinne des Wortes kein Vaterland und stellt daher eine umso größere Gefahr für die Bourgeoisie in einem entscheidenden Knotenpunkt der kapitalistischen Weltwirtschaft (Erdöl) dar. Deshalb entfesseln die arabischen Bourgeoisien eine wahrhaftige Offensive gegen die ausländischen Arbeiter, warnen vor der "Überfremdung" des Golfs, der dabei sein soll, seinen arabischen Charakter zu verlieren, wobei sich die so "fortschrittliche" Baath-Partei bei dieser chauvinistischen Kampagne besonders auszeichnet.

Daran kann man ermesen, wieviel Mut die Arbeiter in Kuwait, deren Aufenthaltsgenehmigung unmittelbar an den Betrieb gebunden ist, aufbringen müssen, um einen solchen Streik auszulösen. Aber die besonders katastrophalen Bedingungen, unter denen sie für das Kapital im Land mit dem höchsten Prokopf-Einkommen der Welt -ach die Aussagekraft der bürgerlichen Statistik!- schufteten müssen, haben sie darüber belehrt, daß sie nichts zu verlieren haben als ihre Ketten.

Die regierungstreue Zeitung Al-Nahda kommentierte diesen Streik in ihrer Nummer vom 2.6.79. Sie gab lange Zitate einer Erklärung des Vorstandsvorsitzenden der kuwaitischen Hafengesellschaft, Herrn Ibrahim Mekki, wieder. Diese sind sehr aufschlußreich.

In einem Artikel über den Streik mit dem

Das geschickte Taktieren der Frontstaaten - das die kleinbürgerliche Linke für revolutionäres Handeln hält - und des Imperialismus äußert sich in einer Mobilmachung der Nationalistenparteien für den Kampf und gleichzeitig in der hektischen politisch-diplomatischen Aktivität, ihn zu vermeiden. Es ist einfach dumm und verätherisch, vor der einen Seite dieser Taktik die Augen zu verschließen, wie es alle Opportunisten tun, und so zu tun, als wären das ständige Schwanken, das Kompromisseln, das Geheimverhandeln usw. persönliche Macken einzelner Führer, über die man zugunsten ihrer "antiimperialistischen" Seite hinwegsehen könne. Gerade eine solche "zweideutige" Politik ist das Merkmal gemäßigter bürgerlicher Kräfte, die den Druck vonseiten der radikalen Massen, den sie nicht verhindern können, auffangen und für ihre bürgerlichen Ambitionen nutzbar machen wollen, was die laufenden Verhandlungen einmal mehr beweisen.

Während nunmehr Muzorewa und Sithole den Versuch machen, in einer "Internen Lösung", d.h. in Zusammenarbeit mit den Rassisten, Zugeständnisse in der Machfrage zu erlangen und am von den proletarischen und bäuerlichen Massen produzierten Reichtum teilzuhaben, verkörpert die PF einen anderen Weg, um dieselben Ziele zu erreichen. Letztere hat keine anderen Prinzipien als jene, die bisher jede sich revolutionär gebende Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie gehabt hat: Demokratie, Nationalismus und Sozialreform. Und auf allen diesen Gebieten, die nichts als die Herstellung freier bürgerlicher Verkehrsformen bedeuten (bürgerliche Gleichheit des Ausbeuten-Könnens und des Ausgebeutet-Seins, Entwicklung der nationalen Industrie und Kapitalbildung in der Landwirtschaft durch Agrarreformen usw.), ist die PF zu jedem Schacher bereit. Sie verkörpert eine - überdies noch zerstrittene und an nachbarliche Bourgeoisien gebundene - nationale Bourgeoisie, deren Interessen in nicht minder starkem Maße auf die Erlangung der vollen politischen und wirtschaftlichen Verfügungsgewalt

Fortsetzung auf S. 7

Titel "Eine gefährliche Erscheinung" erklärt der Vorstandsvorsitzende: "Wir müssen dieser Initiative (dem Streik) mit äußerstem Mißtrauen begegnen. Denn die Methode, die benutzt wurde, um den Streik auszulösen, ist lokal wie international unannehmbar. Selbst in den Ländern, wo die Gewerkschaften einen Druck ausüben, sind die Arbeiter durch Tarifvereinbarungen verpflichtet, den Streik vorher anzukündigen, damit die Arbeitgeber ihre Politik überdenken und sich mit den Arbeitern verständigen können. Hier haben die Streikenden ihre Forderungen angekündigt und sind zugleich in Streik getreten, ohne der Direktion Zeit fürs Nachdenken zu lassen. Das ist es, was zu einer Panik unter den kuwaitischen Direktoren geführt hat." Was aber den Kapitalisten die größte Sorge bereitet, ist die Tatsache, daß sich die Arbeiter organisieren: "Man müßte wissen, ob sich die indischen, pakistanischen und selbst die anderen Arbeiter nicht geheim gewerkschaftlich organisiert haben. Der Streik zeigt, daß sie gut organisiert sind, daß ihre unsichtbare Leitung in der Lage ist, sie zu führen und von Tag zu Tag zu orientieren."

Im Anschluß daran breitet sich die Zeitung über die Gefahr aus, daß sich der Streik in Zukunft in ein gängiges Mittel der "Konfliktregelung" verwandelt, und sie geht auf die Gründe für das Verbot von Gewerkschaften in Kuwait ein: "In Kuwait sind Arbeiter aus mehr als 100 Nationalitäten zusammen beschäftigt. Es ist schwierig vorzusehen, was für Probleme zwischen den Nationalitäten in ein- und derselben gewerkschaftlichen Organisation entstehen könnten (!). Und dies ganz abgesehen von den Mitteln, die eine solche Organisation gegen die Arbeitgeber einsetzen kann, und von den verheerenden Folgen, die für die bestehenden oder im Aufbau befindlichen Projekte und Unternehmen damit einhergehen würden."

Die Arbeitskraft der Arbeiter ist der Treibstoff der kapitalistischen Gesellschaft. Es ist auch ihre Kraft, die diese Gesellschaft zerstören und die Gesellschaft der Arbeiter entstehen lassen kann. Es ist diese Kraft, die die alten und neuen Bourgeois erzitern läßt, sobald ihr Gespenst am Horizont auftaucht. Wir begrüßen den großartigen Streik unserer Klassenbrüder in Kuwait. Unsere Solidarität mit ihrem Kampf verlangt es, daß wir uns an ihrem Mut ein Beispiel nehmen und daß wir die unabhängige Organisation des Proletariats aller Länder vorbereiten, um die Kampfkräfte der Arbeiter aller Erdteile zu einem einzigen revolutionären Kampf zusammenzufassen und mit der infamen Welt des Kapitalismus Schluß zu machen.

# FÜR KLASSENMETHODEN UND KLASSENFORDERUNGEN!

## Praktische Richtlinien für die gewerkschaftliche Aktion

Konnte die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern, darunter in der BRD, im Laufe des "Wirtschaftswunders" noch vom "Gnadenknochen" des Imperialismus zehren, so haben sich die Bedingungen seit der Weltwirtschaftskrise von 1975 wesentlich verändert. Das kapitalistische Wachstum führt zu Weltwirtschaftskrisen und zu einer Verschärfung der internationalen Konkurrenz. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und ihre imperialistische Stellung zu sichern und auszubauen, müssen die imperialistischen Länder nunmehr auch gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen "ihrer" Arbeiterklassen eine wahrhaftige Offensive entfesseln. Der Reallohn wird abgebaut, die Beschäftigung schrumpft, die Intensität der Arbeit wird maßlos gesteigert, die "Sozialleistungen" werden gekürzt. Die Kapitalisten "rationalisieren", und die Arbeiterklasse soll "den Gürtel enger schnallen". Und um diese Entwicklung abzusichern, wird der Verwaltungs- und Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse vorsorglich gestrafft und gestärkt.

Mit allen Mitteln versucht man der Arbeiterklasse einzubleuen, daß sie aus dem Wirtschaftswachstum und aus der Durchsetzung der nationalen Interessen ihr Heil zu erwarten hat. Um diesen Betrug schmackhaft zu machen, werden ihr demagogische "Strukturreformen", eine unter dem Kapitalismus unmögliche "Humanisierung der Arbeitswelt" u. dgl. versprochen.

Demgegenüber steht die Arbeiterklasse noch unvorbereitet, auf politischer, aber auch auf gewerkschaftlicher Ebene entwaffnet da, und sie vermag deshalb nicht einmal auf dem Gebiet der Verteidigung ihrer Tagesinteressen einen kollektiven Widerstand zu leisten. Diese Tatsache zeigt sich in der Bundesrepublik besonders deutlich. Hier organisierte sich der Opportunismus auf gewerkschaftlicher Ebene zu einer einzigen und mächtigen Organisation, die eine totalitäre Kontrolle über die Massen ausübt: dem DGB. Als Opportunismus bezeichnen wir die politische Strömung, die innerhalb der Arbeiterklasse für die Zusammenarbeit von Arbeit und Kapital wirkt, d.h. mit diesem Begriff werden die bewußten oder unbewußten Agenten des Kapitals in den Reihen der Arbeiterklasse erfaßt. Der Opportunismus, der Ende des vorigen Jahrhunderts mit dem Programm entstand, den revolutionären Kampf des Proletariats preiszugeben und durch den reinen Kampf um Reformen und Tagesforderungen zu ersetzen, mußte zwangsläufig mit dem bürgerlichen Reformismus verschmelzen und schließlich sogar den ökonomischen Widerstandskampf der Arbeiterklasse preisgeben. Dieses Schicksal werden alle politischen Gruppierungen teilen, die die unmittelbaren Interessen des Proletariats mit einem reformistischen oder nationalen Programm vereinbaren möchten.

Der Opportunismus stellt sich als "Verteidiger" des Proletariats gegen die schreiendsten Auswirkungen der Krise hin. In Wirklichkeit hat er diese Verteidigung aber immer, ob nun Hochkonjunktur oder Rezession herrscht, den Zwängen der Rettung und der Wiederbelebung der kapitalistischen Wirtschaft und dem Schutz des Staates und der staatstragenden Einrichtungen untergeordnet. In dieser Perspektive bietet er der herrschenden Klasse seine Dienste an, sowohl als Ratgeber wie auch als Regierungspersonal und als Kandidat zur Mitbestimmung der Wirtschaft.

Kampf und Zusammenstoß zwischen den Klassen werden durch einen verantwortlichen "Dialog", durch friedliche Verhandlungsrunden mit der Unternehmerschaft und der Regierung ersetzt, um die Interessen der Arbeiterklasse mit den Interessen des Kapitals in Einklang zu bringen, was darauf hinausläuft, daß die Arbeiterklasse mit Brosamen gespalten und mit Versprechungen zurückgehalten wird, während sich die Interessen des Kapitals durchsetzen.

Das Ziel dieser Politik ist die Sabotage und Lähmung des Widerstandes der Arbeiter. Sie werden dazu verleitet, die Verbesserung ihres Schicksals nicht vom direkten Kampf zu erwarten, sondern vom Verhandlungsritual, von Schlichtungsorganen und Einigungsstellen, die von der bürgerlichen Gesellschaft extra zur Ausschaltung des Klassenkampfes und zum Schutz der kapitalistischen Produktionsweise geschaffen werden. Der Kampf wird in tausend verschiedene berufsspezifische Teilkonflikte und -forderungen zersplittert. Anstatt zur Solidarität über die Grenzen der Betriebe, der Branchen und der Nationalität hinaus zu ermuntern, wird der Kampf innerhalb dieser Grenzen noch auf sogenannte Schwerpunkte beschränkt. Oder schließlich wird der Kampf auf politischer Ebene zusammengefaßt, um im Sinne des bürgerlichen Reformismus eine wachsende Verstrickung der Arbeiterklasse mit den Interessen des Kapitals zu erreichen (Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung und ähnliches).

Selbst wenn er in Worten auf die Methoden des direkten Kampfes nicht verzichtet, so muß der Opportunismus als Träger der "sozialen Partnerschaft" diese Methoden in Wirklichkeit dem "Dialog", der "konzertierten Aktion", opfern.

Eine echte Verteidigung, sei es auch nur die Verteidigung der elementarsten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse, ist nicht möglich, ohne diesen wahrhaftigen Transmissionsriemen der kapitalistischen Interessen in den Reihen des Proletariats - den Opportunismus - zu bekämpfen; sie ist nicht möglich, ohne daß man sich seiner Kontrolle entzieht, ohne daß man seinen Einfluß besiegt.

Wie Lenin sagt, je stärker der Einfluß der Reformisten auf die Arbeiter ist, und je mehr die Arbeiter machtlos und abhängig von der Bourgeoisie sind, desto leichter ist es für die Bourgeoisie, Reformen durch verschiedene Winkelzüge zu nichte zu machen. Je mehr die Arbeiterbewegung selbständig und stark ist, desto umfassender sind ihre Erfolgsaussichten; je weniger sie von der Beschränktheit des Reformismus abhängig ist, umso besser gelingt es den Arbeitern, Verbesserungen zu sichern und auszubauen.

Es stimmt zwar, daß die Erfüllung gewisser Forderungen einen reformistischen Eingriff des Staates nötig macht. Die Revolutionäre lehnen Reformen nicht absolut und aus Prinzip ab. Sie entlarven aber ihre Unzuverlässigkeit und sie entlarven und bekämpfen auch das Ziel, das die Bourgeoisie bei reformistischen Zugeständnissen verfolgt, nämlich den Schutz der kapitalistischen Ordnung. Sie lehnen Reformen allerdings strikt ab, wenn diese (man denke allein an die Mitbestimmung) den Zweck verfolgen, den Mecha-

nismus der Ausbeutung zu perfektionieren, und (hier liegt ja das "große Ziel" des Opportunismus) eine wachsende Verstrickung der Arbeiterklasse und ihrer Verteidigungsorganisationen mit dem bürgerlichen Staat bedeuten und nicht das Resultat eines energischen Druckes sind, den das Proletariat von einer eigenständigen Kampfstellung aus gegen den Staat ausübt.

Um die Erfüllung selbst der elementarsten Forderungen zu erreichen, ist also die erste Bedingung, daß das Proletariat sich von der lähmenden Vormundschaft des Opportunismus befreit und sich seine spezifischen Kampf Waffen wieder aneignet, indem es vor allem dem Streik seinen ursprünglichen Sinn und seine eigentliche Funktion als Kriegswaffe gegen das Kapital wieder verleiht. Heute dagegen ist der Streik seiner wahren Funktion enthoben und zu einem zweitrangigen Instrument degradiert, um die endlose Reihe von Gipfelverhandlungen zu beschleunigen und zugleich um "Dampf" an der Basis abzulassen.

### DIE HAUPTWAFFE: DER STREIK

Die erste und grundlegende Waffe im ökonomischen Kampf ist der Streik, der ohne Vorwarnung, unbefristet und so breit wie möglich ausgelöst und geführt wird. Der Streik kann weder den "höheren Interessen des Landes" untergeordnet werden, noch auf eine Reglementierung, bzw. Friedenspflicht Rücksicht nehmen. Der Streik darf auf keinen Fall als friedliches Zwischenspiel zwischen zwei Verhandlungen aufgefaßt werden. Deshalb muß man dafür kämpfen, um die Gewerkschaftsführungen daran zu hindern, die Streiks während der Verhandlungen abzubrechen. Um eine Kontrolle der Verhandlungen zu erzwingen, muß man Schluß machen mit der Gewohnheit des Opportunismus, mit den Unternehmern über Ziele zu verhandeln, die mit denen, die sich die Arbeiter gestellt haben, nichts zu tun haben.

Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt nur, wenn die Forderungen erfüllt werden oder die realen Kräfteverhältnisse dazu zwingen. Man muß Schluß machen mit der opportunistischen Praxis, die Arbeit aufgrund von Überlegungen wiederaufnehmen zu lassen, die mit diesen zwei Bedingungen nichts zu tun haben.

Der Streik ist eine Kampfhandlung im Kriege zwischen den Klassen. Streikkassen sind ein Mittel, um den Widerstand aufrecht zu erhalten zu können. Ohne im geringsten auf einen Druck auf die Gewerkschaften zu verzichten, damit sie Streikgelder auszahlen, darf man diese Zahlung nicht zur Voraussetzung des Kampfes machen. Man würde damit nur der Erpressungsstrategie gegen Streiks, die die Gewerkschaften verfolgen, in die Hände spielen. Es wird im Gegenteil notwendig sein, eigene, vom Gewerkschaftsapparat unabhängige Streikkassen zu bilden und aus ihnen ein Moment der Kampfsolidarität aller Arbeiter zu machen.

Andererseits ist es unerlässlich, daß man ohne Rücksicht auf die heuchlerischen Kampagnen für die "Freiheit der Arbeit", sprich für das Recht auf Streikbrechertum, in die die Gewerkschaftsböden schamlos einstimmen, die radikalsten Kampfmittel anwendet, um einer Vereitelung des Kampfes durch Gelbe (Streikbrecher), legale oder illegale Schlägertrupps wirksam entgegenzutreten zu können. Hierfür muß man starke Streikposten einsetzen und deren volle Unterstützung organisieren. Dies verlangt auch breiteste Teilnahme am Streik und Schluß mit der Gewohnheit, die Arbeiter nach Hause zu schicken.

Der Streik darf auf keinen Fall als harmlose Kundgebung aufgefaßt werden, die darauf abzielt, die "öffentliche Meinung" zu gewinnen und den "Verbraucher" ja nur nicht zu stören, wie es im Knigge des Opportunismus steht. Im Gegenteil, der Streik muß immer durch einen energischen Aufruf zur Solidarität aller Arbeiter von Stadt und Land begleitet werden.

Zu dieser Solidarität muß man ebenfalls die Proletarier in Uniform, die wehrdienstleistenden Proletarier, aufrufen. Durch eine so ausdauernde wie vorsichtige Propaganda- und Agitationsarbeit in ihren Reihen, auch für ihre minimalen Tagesforderungen, muß man ihren Einsatz gegen ihre kämpfenden Klassenbrüder zu verhindern versuchen, denn der Staat wird vor allem im öffentlichen Dienst und in den sogenannten "lebenswichtigen" Bereichen der Wirtschaft nicht davor zögern, die Streitkräfte als Streikbrecher einzusetzen.

Wie alle anderen Forderungen, muß auch die so aufgefaßte Forderung des Streiks sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gewerkschaften gestellt werden. Innerhalb der Gewerkschaften, indem man einen starken Druck auf die Apparate und Führungen ausübt, um sie zu entlarven und ihren Spielraum für die Sabotage der Kämpfe einzuengen. Dafür muß man weniger auf die kümmerlichen Gewerkschaftsversammlungen zählen, als vielmehr auf möglichst breite Arbeiterversammlungen, die die Kampfbereitschaft der Basis viel klarer widerspiegeln, und die man anregen und fordern muß. Gerade solche Versammlungen bilden den Ansatz für eine Entwicklung, die den Horizont einer "konspirativen" Arbeit in den Gewerkschaften überwinden hilft.

Außerhalb der Gewerkschaften, in den Reihen der Arbeiterklasse und in den Basisorganisationen, die in der Vorbereitung des Kampfes und im Laufe des Kampfes entstehen können, oder nach einem Kampf bestehen bleiben, wie Streikkomitees, Kollektive, Koordinierungen, inoffizielle Gewerkschaftsgruppen.

Wenn die Bedingungen dafür gegeben sind, werden die Revolutionäre an diesen spontanen Organisationen teilnehmen, um

- ihre Autonomie gegenüber den opportunistischen Gewerkschaftsführungen zu stärken,
- ihren Charakter von "offenen" Organisationen für alle kampfwilligen Arbeiter, unabhängig von der jeweiligen politischen Gesinnung, zu verteidigen,
- ihre Aktivität im Sinne des Klassenkampfes zu orientieren.

Die Revolutionäre machen aus diesen Organisationen jedoch keinen Fetisch und auch keinen Ersatz für die breiten Ge-

werkschaftsverbände. Neue Gewerkschaftsverbände können - in welcher Form auch immer - erst als Ergebnis eines langen und harten Kampfes und unter anderen Kräfteverhältnissen entstehen, wobei es nicht auszuschließen ist, daß die Arbeiterklasse unter dieser neuen Kräftekonstellation die Basisorganisationen der bestehenden Gewerkschaften wieder erobern kann.

## WESENTLICHE FORDERUNGEN

### FÜR DIE VERTEIDIGUNG DES REALLOHNS

Die katastrophalen Folgen der galoppierenden Inflation drücken auf einen Reallohn, der im Durchschnitt schon niedrig ist und beachtliche Abstände zwischen den einzelnen Lohngruppen und Branchen aufweist.

Angesichts dessen muß man vor allem und mehr denn je betonen, daß der Lohn nicht an den Umfang der Produktion oder an die Höhe der Produktivität gebunden ist, daß er nicht vom Bildungsgrad der Arbeiterklasse abhängt, sondern durch die Wechselwirkung ökonomischer Gesetze (u.a. das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt) und durch das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen bestimmt wird.

Keine Berufsqualifikation, keine gesetzliche oder tarifliche Schranke, keine gleitende Lohnskala, keine Reform, die zur Folge hat, die Arbeiterklasse und die von ihr geschaffenen Organisationen immer mehr mit Schlichtungs- und Vermittlungsorganen zu verschmelzen und Illusionen über die Rolle des Staates zu verbreiten, keine dieser Maßnahmen kann den Lohn vor den Auswirkungen der kapitalistischen Anarchie schützen, vor den Änderungen der Wettbewerbsbedingungen in den verschiedenen Branchen und Berufszweigen, vor den Konjunkturschwankungen und schließlich ebensowenig vor dem ständigen Druck, den das Kapital auf den Reallohn ausübt. Die Arbeiter können diesem Druck nur widerstehen, wenn es ihnen gelingt, die Konkurrenz untereinander zu überwinden, wenn es ihnen gelingt, die Kraft, die sie aus ihrer Einheit im Kampf gegen das Kapital schöpfen, einzusetzen.

Lohnforderungen müssen daher durch die Bedürfnisse der Verteidigung der Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse allein bestimmt werden und demzufolge auf die Verbesserung ihrer Lage und die Stärkung ihrer Reihen abzielen.

1. Mit dem dreifachen Ziel, dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zu entgegenen, die durch Lohnunterschiede erzeugten Spaltungen zu bekämpfen und die Verweigerung von Überstunden zu ermöglichen, müssen die Lohnforderungen in folgende Richtung gehen:

- starke und sofortige Erhöhung der Grundlöhne, und zwar stärker für die schlechter bezahlten Lohngruppen,

was bedeutet, daß die unteren Lohngruppen an die oberen angepaßt werden sollen.

Man muß dabei das immer wieder praktizierte Manöver der Gewerkschaften bekämpfen, die bei breiten Arbeiterschichten populäre Festgeldforderung entweder abzublocken oder völlig zu entstellen, d.h. je nachdem einen Festbetrag als Prämie und nicht als Erhöhung des Grundlohnes (der somit der Willkür des Kapitals ausgeliefert wird) oder als Abschlagzahlung auf die kommenden Tarifierhöhungen zu fordern.

2. Die Forderung nach Lohnerhöhungen muß durch die Forderung eines Festbetrages als Mindestlohn ergänzt werden. Dieser Mindestlohn muß angesichts der Preissteigerungen und der Kräfteverhältnisse immer wieder heraufgesetzt werden. Mit allen Vorbehalten im Hinblick auf die Errechnung der Lebenshaltungskosten und auf die Schätzung der wirklichen Bedürfnisse einer Arbeiterfamilie ist zum jeweiligen Zeitpunkt ein Netto-Betrag festzusetzen, unter dem kein Lohn stehen darf.

3. Die Mieten, die Tarife für öffentliche Dienstleistungen und die Fahrpreise lasten heute schwer auf dem Lohn. Der Opportunismus schlägt Reformpläne vor, die nur darauf abzielen, die öffentlichen und privaten Investitionen zu begünstigen und die "Infrastruktur" der kapitalistischen Wirtschaft zu verbessern. Andererseits sind Bewegungen für die "Selbstkürzung" der öffentlichen Tarife (wie das Schwarzfahren, der Abzug der Erhöhung bei Bezahlung von Stromrechnungen usw.), für die das Ausland bereits Beispiele liefert, oder die Besetzung leerstehender Wohnungen zwar elementare Formen proletarischer Reaktion auf die kapitalistische Offensive. Aber sie sind dazu verurteilt, früher oder später vom Opportunismus wieder verschlungen zu werden oder aus Mangel an Aussichten in sich zurückzufallen. Und an dieser Tatsache können die Illusionen linker Gruppen, die nach "alternativen" Formen der Arbeiterverteidigung suchen, auch nichts ändern.

Der Kampf muß außerhalb der parlamentarischen und Verwaltungsebene geführt werden, und zwar für die

- Senkung der Mieten und der öffentlichen Tarife

und für den

- 0-Tarif in den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Hierfür wird man besondere Organisationen bilden müssen, die einen solchen Kampf wirksam führen können. Man darf aber nicht vergessen, daß ein solcher Kampf - wie Marx bemerkte - ein ungleicher Kampf ist, wenn er von dem Kampf um die zwei in der marxistischen Auffassung entscheidenden ökonomischen Forderungen getrennt wird: Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung.

4. Der Lohn wird mehr und mehr durch Abzüge gekürzt, die auf die eine oder andere Weise die Kassen des Staates füllen. Nur ein Teil hiervon wird unter den Lohnempfängern "wiederverteilt", und dies geschieht außerdem zumeist auf eine Art, daß trotz aller demagogischen Erklärungen über die "Solidargemeinschaft" die Lage der bedürftigsten Schichten der Arbeiterklasse noch verschlimmert wird.

Eine grundsätzliche Forderung der Arbeiterbewegung ist hier, daß alle Ausgaben, die mit Krankheit, Arbeitslosigkeit, Ruhestand und Kindergeld einerseits und mit dem Betrieb des Staatsapparats andererseits zu tun haben, von der Kapitalistenklasse und ihrem Staat getragen werden müssen:

- Abschaffung aller Abzüge vom Lohn

- Abschaffung der Lohnsteuer.

Die Sozialleistungen müssen erhöht werden, und sie dürfen nicht hinter den Löhnen herhinken. Diese Forderung soll außerdem das Ergebnis haben, daß die Arbeiter nicht mehr zu kostspieligen Zusatzversicherungen Zuflucht nehmen müssen.

# FÜR KLASSENMETHODEN UND Praktische Richtlinien für die

## FÜR DIE KÜRZUNG DES ARBEITSTAGES

Wie die Verteidigung des Lohnes ist die Kürzung des Arbeitstages ein permanentes und wesentliches Ziel der Gewerkschaftsbewegung. Gerade im Kampf für den 10-Stunden-Tag und dann ab 1866 für den 8-Stunden-Tag lieferte die internationale Arbeiterbewegung ihre ersten großen ökonomischen Schlachten. Seitdem der Kampf für dieses Ziel aufgenommen wurde, haben sich die Intensität und Produktivität der Arbeit in einem solchen Ausmaß erhöht, daß man den Arbeitstag ohne Zweifel auf 4 und sogar noch weniger Stunden kürzen müßte, um die erhöhte Arbeitslast aufzuwiegen, die das Kapital der Arbeiterklasse aufbürdet. Da aber heute eine mächtige Klassenbewegung noch fehlt, ist es nicht möglich, ein internationales Ziel dieser Größenordnung zu setzen. Für die europäischen Länder kann man aber die Forderung nach Kürzung der Arbeitszeit wie folgt stellen:

- 35-Stunden-Woche mit zwei aufeinanderfolgenden Ruhetagen pro Woche, bei vollem Lohnausgleich, d.h.

- höchstens 7 Arbeitsstunden täglich bei vollem Lohnausgleich.

Diese Forderung nach der 35-Stunden-Woche muß von der Forderung nach zusätzlicher Arbeitszeitverkürzung für mühsame oder gesundheitsschädliche Arbeiten und nach größeren Begrenzungen des Arbeitstages für Jugendliche unter 20 Jahren und für schwangere Frauen begleitet werden.

Sie muß außerdem durch die Forderung nach zusätzlicher Arbeitszeitverkürzung bei Schicht- und Nachtarbeit (wie nach Einschränkung der Schichtarbeit überhaupt) ergänzt werden, um in Richtung auf eine

- vollständige Abschaffung der Nachtarbeit

zu gehen, ausgenommen bei absoluter technischer Notwendigkeit.

Man muß gleichfalls für eine Verlängerung und für eine allgemeine Bezahlung der Pausen kämpfen, namentlich der Essenspausen, die auf mindestens eine Stunde festzusetzen sind.

Schließlich muß man sich den "Stufenplänen" für die Arbeitszeitverkürzung widersetzen, die von den Gewerkschaften propagiert werden und den Unternehmern erlauben sollen, die Kürzung der Arbeitszeit durch Rationalisierungen und durch Intensivierung der Arbeit im voraus zu kompensieren. Man muß daher immer eine sofortige Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich fordern, um auf diese Weise eine wenn auch geringe, so doch reale Erleichterung der Arbeitslast zu erreichen.

Ohne natürlich auf Urlaubsverlängerungen und zusätzliche Freischichten zu verzichten, muß man die Bestrebungen der Gewerkschaften ebenso bekämpfen, anstelle des Arbeitstages die Jahresarbeitszeit zu setzen, wodurch den Unternehmern ein "flexibler Einsatz" der Arbeitskräfte gesichert werden soll.

Die Forderung nach Kürzung der Arbeitszeit ist nicht nur ein unerlässliches Mittel, um die körperliche und geistige Unversehrtheit der Arbeiter zu schützen. In Krisenzeiten, wenn das Kapital eine wachsende Zahl von Arbeitern auf die Straße wirft und von den weiterhin Beschäftigten zugleich eine immer größere Arbeitsleistung verlangt, weist diese Forderung, wenn sie auch als Mittel zur teilweisen Verminderung der Arbeitslosigkeit von zweitrangiger Bedeutung bleibt, den Weg, wie man sich dieser unmenschlicher Alternative widersetzen und die Reihender Arbeiter zusammenschließen kann.

### FÜR DIE VERTEIDIGUNG DER ENTLASSENEN, ARBEITSLOSEN UND RENTNER

Kurzarbeit, Entlassungen und Arbeitslosigkeit, deren erste Opfer die ausländischen Arbeiter, die Jugendlichen und die Frauen sind, stehen überall auf der Tagesordnung. Für die betroffenen Arbeiter, denen man von Regierungs- und Gewerkschaftsseite illusorische Abfindungen, Sozialpläne und "Schutzabkommen" in gewissen Fällen anbietet, bleiben die wesentlichen Forderungen:

- voller Lohn bei Entlassungen, völlig zu Lasten der Unternehmen und des Staates und zeitlich unbegrenzt

- voller Lohn bei Kurzarbeit (Lohn für die Pflicht-Überstunden inbegriffen)

- Lohn in Höhe des Mindestlohnes für alle Arbeitssuchenden (Schulabgänger, Bundeswehrentlassene, ausländische Arbeiter, Frauen, die wieder Arbeit suchen, nachdem sie ihre Kinder großgezogen haben).

Dies muß auch für die aus dem Ausland zurückkehrenden Auswanderer und für die Grenzpendler ohne Arbeit gelten.

Neben den hier aufgeführten Forderungen muß die Antwort der beschäftigten Arbeiter auf Entlassungen ihrer Kollegen (Entlassungen, die meistens nur das Vorspiel ihrer eigenen sind) durch folgende Losung zum Ausdruck kommen:

- keine Entlassungen.

Eine solche Losung hat als allgemeine Kampfforderung und als Aufruf zur Klassensolidarität einen prinzipiellen Wert. Es wäre aber verfehlt, sie zu einem praktischen Ziel zu machen, das in jeder beliebigen Situation und mit jedem beliebigen Mittel durchzusetzen wäre. Deshalb muß der Kampf gegen die Entlassungen mit einer Entlarvung des illusorischen Zieles einer "Beschäftigungsgarantie" im Kapitalismus verbunden sein.

Ob nun durch den Druck der Arbeiter die Entlassungen verhindert werden können oder nicht, auf jeden Fall muß sich dieser Druck bei jeder Episode und Äußerung des Klassenkampfes zu einer aktiven und organisierten Solidarität der Beschäftigten mit den Arbeitslosen ausweiten. Diese Solidarität ist untrennbar vom Kampf gegen die reformistischen Führer, die die Arbeitslosen mit Verachtung abspeisen und als "Lumpenproletarier" betrachten. Man muß die

- Beteiligung der Arbeitslosen und Entlassenen an den gewerkschaftlichen Versammlungen und ihre Einbeziehung in die Streiks

fordern.

# KLASSENFORORDERUNGEN!

## gewerkschaftliche Aktion

Diese Solidarität wird zudem ihren natürlichen Koordinationspunkt in Gebietsorganisationen, die Berufs- und Branchengrenzen überwinden, finden müssen.

Die Forderung nach vollem Lohn und Einbeziehung in die Kämpfe muß ebenso für die Rentner gelten, die das Kapital in höchste soziale und wirtschaftliche Not stürzt, nachdem es sie bis zum äußersten ausgebeutet und verbraucht hat. Man muß gegen die Zwangspensionierungen und die verschleierte Entlassungen in Form vorzeitigen Ruhestandes kämpfen, gegen die Pflicht, aber für das

- Recht, mit 55 Jahren als Mann und mit 50 Jahren als Frau in den Ruhestand zu treten,

mit einer niedrigeren Altersgrenze für die am ärgsten ausgebeuteten Berufsgruppen, deren durchschnittliche Lebenserwartung nicht einmal das jetzige Ruhestandsalter der gesamten Arbeiterklasse erreicht.

Hiervon untrennbar sind folgende Forderungen:

- Rente in gleicher Höhe des Lohnes, auch für Witwen
- Keine Rente unter dem Mindestlohn (darunter meinen wir hier wie oben bei den Arbeitssuchenden dieselbe unterste Lohngrenze, von der im Abschnitt "Verteidigung des Reallohns" die Rede war).

### GEGEN JEGLICHE DISKRIMINIERUNG

Der Kampf aller Arbeiter gegen die Lohn- und Gruppendifferenzierungen, die einen bestimmten Teil von ihnen treffen, ist notwendig, um die von der Bourgeoisie verübten Spaltungen zu überwinden, er ist eine Voraussetzung für die kollektive Verteidigung der Gesamtheit der Klasse und für ihre Einheit.

### VERTEIDIGUNG DER AUSLÄNDISCHEN ARBEITER

Die ausländischen Arbeiter, die den Folgen der Krise besonders kraß ausgeliefert sind, verdienen eine besondere Unterstützung. Die Bourgeoisie greift sie mit legalem wie illegalem Terror hart an, und versucht, sie durch chauvinistische und rassistische Demagogie von den anderen Arbeitern zu isolieren. Man muß die bürgerliche Lüge entlarven, die von den reformistischen Führern mitverbreitet wird, wonach der Zustrom ausländischer Arbeiter für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sei.

Wenn die Arbeiter nicht darauf verzichten wollen, sich zu verteidigen, müssen sie alle gegen die staatliche Unterdrückung der ausländischen Arbeiter wie gegen die Politik der Einwanderungssperren und -kontrollen kämpfen und für folgende Prinzipien eintreten:

- Abschaffung aller Zuzugssperren, aller Maßnahmen, welche Einreise, Aufenthalt und Beschäftigung der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien einschränken
- Völlige Gleichheit der sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Rechte für die ausländischen Arbeiter
- Völlige Gleichheit der Arbeits- und Lohnbedingungen.

Dies beinhaltet einerseits die Forderung nach

- Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung für alle hier "schwarz" lebenden oder arbeitenden Ausländer

und bedeutet andererseits den Kampf gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der ausländischen Arbeiter auf dem Gebiet der Wohnverhältnisse wie den Aufruf zu einer solidarischen Klassenantwort auf alle rassistischen und ausländerfeindlichen Angriffe.

Die deutschen Arbeiter müssen schließlich das Recht der ausländischen Kollegen, sich getrennt zu organisieren, anerkennen. Diese Anerkennung dient der Überwindung des Mißtrauens gegenüber dem einheimischen Proletariat; sie verkürzt den Weg, der zu einer wirklichen Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten führt.

### VERTEIDIGUNG DER FRAUEN UND DER JUGENDLICHEN

Die männlichen Arbeiter sind insbesondere verpflichtet, folgende Forderungen zu unterstützen:

- Keine Lohn- und Arbeitsbenachteiligung der Frauen
- Erhebliche Verlängerung des Mutterschutzes bei Lohnfortzahlung und Erhaltung des Arbeitsplatzes

Gleichzeitig müssen sich die älteren Arbeiter für die

- Abschaffung der Lohnunterschiede nach Alter einsetzen und die Verteidigung der Lehrlinge ergreifen, deren Vergütung nicht unter den normalen Löhnen liegen darf.

### VERTEIDIGUNG DER ARBEITER OHNE FESTES ARBEITSVERHÄLTNISS UND DER ZEITARBEITER, BZW. LEIHARBEITER

Unzählige Unterschiede in den Arbeitsverhältnissen erlauben der Bourgeoisie, die Arbeiter zu spalten. Die gewerkschaftliche Tarifpraxis stellt die Interessen der höheren Arbeiterschichten den Interessen der Masse der Arbeiter entgegen und liefert die am unsichersten beschäftigten Schichten der Willkür des Kapitals aus. Demgegenüber muß man für folgenden Grundsatz kämpfen:

- Gleiches Arbeitsverhältnis für alle

Dieser Grundsatz kann folgende, nicht ausschließliche Anwendung finden:

- keine Zeitverträge, denn sie erlauben, Entlassungen zu tarnen und benachteiligen die Ausländer, die Jugendlichen, die Frauen, die Landarbeiter und Bauarbeiter z.B., deren Arbeitsplätze sehr oft saisonbedingt sind,
- sofortige und bedingungslose feste Anstellung der Aushilfskräfte, der Anwärter, Zeitvertretungen und ABM-ler
- festes Arbeitsverhältnis für alle Zeit- und Wanderarbeiter
- Beseitigung der Tarifunterschiede zwischen Angestellten und gewerblichen Arbeitern, Ausdehnung der Angestellten-Rechte auf die gewerblichen Arbeiter.

Die Forderung nach gleichem Arbeitsverhältnis für alle muß vom Kampf gegen jeglichen Lohnunterschied innerhalb eines Berufes

oder bei Ausübung derselben Funktion begleitet werden:

- Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit, angeglichen an den höchsten Lohn.

### VERTEIDIGUNG DER ARBEITER DER VERTRAGSFIRMEN

Die vorhergehenden Grundsätze gelten auch für die Arbeiter von Vertragsfirmen, die innerhalb der Betriebe mit eigenen Arbeitern gewisse Daueraufgaben (Reinigung, Wartung, Bauarbeiten usw.) in Auftrag ausführen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser meistens benachteiligten Arbeiter müssen denen der Betriebsbelegschaft angeglichen werden:

- ein einziger Vertrag für beide Gruppen

Diese Arbeiter müssen auch derselben Gewerkschaft wie die Belegschaft des Betriebs, in dem sie arbeiten, angehören können, in deren Kämpfe einbezogen werden und umgekehrt.

### ERGÄNZENDE UND ABGELEITETE FRAGEN

Ohne den Anspruch zu erheben, alle Fragen, die sich aus den vorhergehenden ergeben, aber deshalb nicht weniger wichtig sind, zu behandeln, fassen wir in diesem Abschnitt eine Reihe solcher Fragen zusammen.

### AKKORDARBEIT UND PRÄMIEN

In der jetzigen Produktionsweise ist die Akkord- und Prämienarbeit nur ein anderer Aspekt des Druckes des Kapitals, um die Produktivität der Arbeit zu steigern, und eine Waffe, um die Lohnempfänger zu spalten und die Konkurrenz unter ihnen zu verschärfen, insbesondere bei Gruppenakkord, der die Konkurrenz unter den Arbeitern auf die Spitze treibt und darauf abzielt, jeden Arbeiter zum Antreiber seines Kollegen zu machen.

Die Hauptlosung heißt hier

- Abschaffung der Akkordarbeit

Diese Forderung muß durch unmittelbare Lösungen flankiert werden, die zu ihrer Durchsetzung hinführen:

- Senkung der Arbeitslast und des Arbeitstempos ohne Lohnkürzung d.h.

- Herabsetzung der Akkordnormen

Dies beinhaltet die Ablehnung von Akkordverhandlungen auf technisch-organisatorischer Grundlage, wie sie zwischen Gewerkschaften, Betriebsräten und Unternehmen geführt werden und die im Namen einer Produktivitätssteigerung dazu führen, die körperliche und nervliche Belastung des Arbeiters zu vergrößern.

Die Forderung nach einer radikalen Erhöhung des Grundlohnes verfolgt unter anderem das Ziel, den Anteil der Prämien u. dgl. und im allgemeinen den Anteil der Akkordarbeit auf ein Minimum zu senken, wobei Prämien und Zulagen immer in den Grundlohn eingegliedert werden müssen.

Diese Forderung betrifft ganz besonders die Heimarbeit, die gewöhnlich den Statistiken und jeglicher effektiven Kontrolle entgeht. Die Heimarbeit erlaubt die schonungslose Ausbeutung besonders der Frauen und der Minderjährigen, und sie ist nach dem Eingeständnis der Sprecher der Bourgeoisie selbst dazu bestimmt, infolge der Krise, der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung zu wachsen.

### RATIONALISIERUNGEN

Sofern sie mit der Ersetzung von menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen zu tun haben, d.h. das, was wir organische Zusammensetzung des Kapitals nennen, erhöhen, sind Rationalisierungen ständiges Wesensmerkmal des Kapitalismus überhaupt. Was die Arbeiter bekämpfen müssen sind ihre Auswirkungen, nämlich die Verschärfung der Ausbeutung, die Beschleunigung des Arbeitstempos, die Entlassung und Arbeitslosigkeit der Arbeiter, die nicht mehr gebraucht werden.

Die abstrakte Losung "Gegen Rationalisierungen" läßt sich nur anwenden, wenn es sich dabei um Maßnahmen administrativer, organisatorischer und betriebspolizeilicher Natur handelt. Sieht man von diesen Fällen ab, so muß man von dieser Losung Abstand nehmen und für

- höhere Löhne
- Kürzung des Arbeitstages
- Senkung der Arbeitslast bzw.
- gegen die Entlassungen eintreten.

### GESUNDHEITS- UND SICHERHEITSBEDINGUNGEN

Das Geschwätz der bürgerlichen Ideologen, die von einer "neuen Lebensqualität" und einer "Humanisierung der Arbeitswelt" unter dem Kapitalismus träumen, kann die Tatsache kaum verschleiern, daß die Arbeitswelt kontinuierlich gesundheitsschädlicher wird, eine Tatsache, die sich infolge der kapitalistischen Krise noch weiter verschärft. Die von Regierungen und Gewerkschaften ständig produzierten Reformvorlagen und "Gesetzesreformen" sind unfähig, Abhilfe zu schaffen. Nur auf dem Boden des offenen Klassenkampfes kann das Proletariat durch die Durchsetzung folgender Forderungen auf diesem Gebiet Erfolg haben:

- Starke Arbeitszeitverkürzung, vor allem in den Branchen, in denen Schichtarbeit geleistet wird,
- Ablehnung von neuen Arbeitszeitregelungen mit Nachschichten, wo dies bisher nicht der Fall war,
- Einführung und Ausbau von Arbeitssicherheitsvorkehrungen unter der direkten Kontrolle der beteiligten Arbeiter und durch ihren direkten Eingriff,
- Wesentliche Erhöhung der Anzahl der von der Sozialversicherung anerkannten Berufskrankheiten, unter denen auch die Krankheiten zu verstehen sind, die durch die Müdigkeit, die psychische Anspannung usw. verursacht werden,
- völlige Unentgeltlichkeit der ärztlichen Behandlung und Bezahlung der Krankheitstage mit vollem Lohn, bei Abschaffung der betriebs- und vertrauensärztlichen Kontrolle.

Fortsetzung von S. 5

## FÜR KLASSENMETHODEN UND KLASSEN- FORDERUNGEN!

### Praktische Richtlinien für die gewerkschaftliche Aktion

#### BERUFSQUALIFIKATION UND BERUFSAUSBILDUNG

Wie die Arbeiter aus Mangel an wesentlichen Erhöhungen des Grundlohnes und an ernsthaften Kämpfen, um diese Erhöhung zu erlangen, Überstunden machen, so kommt es auch häufig vor, daß sie aus denselben Gründen hoffen, in der Forderung nach einer automatischen Beförderung nach Alter oder nach Dauer der Betriebszugehörigkeit, bzw. durch eine fortschreitende Berufsförderung sozusagen vom Hilfsarbeiter zum Ingenieur eine Lösung für ihre täglichen Lebensunterhaltssorgen zu finden, d.h. sich in einem gewissen Sinne der Illusion der "Karriere" hingeben.

Angesichts des Kaufkraftverlustes der Löhne und der Preisgabe der elementarsten Klassenforderungen von Seiten der Gewerkschaften, angesichts dieses doppelten Druckes vor dem Hintergrund der "Leistungsgesellschaft" ist diese Reaktion begreiflich. Sie erleichtert jedoch die von den Gewerkschaften mitgetragenen Unternehmermanöver, die darauf abzielen, die Entlohnung an die sogenannte "Qualifikation", bzw. an das sogenannte "Leistungsprinzip" zu binden. Dadurch soll sich der Arbeiter mit der Verbesserung der Rentabilität des Unternehmens identifizieren. Als zusätzliche Folgen werden Spaltungen zwischen "qualifizierten" und "unqualifizierten" Arbeitern geschürt, während der Lohnkampf auf die Ebene einer administrativen Regelung hinabsinkt.

Diese Überlegungen bedeuten nicht, daß wir den Kämpfen und Forderungen in Sachen Berufsqualifikation fernbleiben sollen, als ob uns dies nichts angehe. Man muß aber einerseits den Bedürfnissen, die zu diesen Forderungen geführt haben, durch Forderungen Ausdruck verleihen, die, wie die Erhöhung der Grundlöhne und die Zusammenfassung von Lohngruppen, bestehende Spaltungen überwinden können. Andererseits und als erster Schritt in dieser Richtung muß man gegebene Forderungen nach sofortigem Lohngruppenwechsel - unabhängig von der "geleisteten Arbeit" und ohne Rücksicht auf bestehende Vereinbarungen, die vom Arbeitgeber ohnehin fast nie respektiert werden - unterstützen.

In den letzten Jahren hat sich die deutsche Bourgeoisie - wie auch die des Auslands - damit befaßt, die Umschulungs- und Fortbildungslehrgänge zu verbreitern. Diese werden den Arbeitern als ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit und zugleich als ein Mittel zur Verbesserung der Löhne und der allgemeinen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse präsentiert. Dies geschieht unter dem Beifall der Gewerkschaften, die darin neue Möglichkeiten der Klassenzusammenarbeit erblicken und sich aus individuellen Lösung sozialer Härtefälle eine Entschärfung der sozialen Spannungen erhoffen.

In Wirklichkeit können Berufs- und Ausbildungsförderungspläne unter dem Kapitalismus niemals die Schwankungen des Arbeitsmarktes auffangen, und keine Umschulung wird jemals ermöglichen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Durch ein größeres Angebot an Umschulungs- und Fortbildungsmöglichkeiten versucht die Bourgeoisie vor allem, die "Mobilität" der Arbeitskräfte zu steigern, d.h. die Konkurrenz unter den Arbeitern der verschiedenen Berufsgruppen zu verallgemeinern, um somit Druck auf die Löhne in ihrer Gesamtheit auszuüben. Mit dem Köder der individuellen Aufstiegsmöglichkeiten versucht sie darüberhinaus eine Minderheit des Proletariats zu kaufen und die Masse der Arbeiter gegenüber der kollektiven Aktion zögernder zu machen.

Es ist unerlässlich, die ganze reaktionäre und konservative Illusionsmasche des "Aufstiegs durch Fortbildung" zu entlarven und den Arbeitern klarzumachen, daß der Lohn und die Arbeitsbedingungen nur durch die Klassenaktion verbessert werden können.

Zugleich muß man natürlich für die Arbeiter, von denen eine Fortbildung oder Umschulung verlangt wird, fordern, daß die Lehrgänge und Ausbildungszeiten als Arbeitszeit angerechnet und als solche voll bezahlt werden.

#### ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Für die Erreichung der obigen grundlegenden Ziele ist eine energische und unnachgiebige Klassenaktion unabdingbar, die den wachsenden Zusammenschluß aller Arbeiter anstrebt. Eine solche Aktion läßt sich weder mit einer Friedenspflicht, noch mit der allgemeinen Art und Weise, wie heute Tarifverhandlungen geführt werden, vereinbaren.

Mehr als je zuvor muß in den Perioden der galoppierenden Inflation und der steigenden Arbeitslosigkeit jede Friedenspflicht bekämpft werden. Verträge müssen jederzeit kündbar sein, auch wenn deren radikale Revision von den Kräfteverhältnissen abhängt und daher nicht zu jedem beliebigen Zeitpunkt erzwungen werden kann.

In diesem Zusammenhang steht die gesetzlich verankerte oder zwischen den "Tarifpartnern" vereinbarte Reglementierung des Kampfes zu einem Ritual und Instanzenweg, die die Mobilisierung für den Kampf und die Organisation des Kampfes selbst erschweren und verhindern. Es handelt sich dabei in Wirklichkeit um wesentliche Einschränkungen des Streikrechts, die im öffentlichen Dienst schließlich einem allgemeinen Streikverbot gleichkommen, das noch dadurch verhärtet wird, daß die Gewerkschaften gerade hier die Interessen der Lohnarbeiter restlos den sog. "öffentlichen Interessen" unterwerfen.

Dies alles ist abzulehnen und aufs entschiedenste zu bekämpfen. Und der Kampf gegen diese knebelnden Reglementierungen kann nur wirksam sein, wenn man sich ihnen nicht beugt, sondern lediglich von den Interessen der Lohnarbeiter, ihrem Kampfwillen und den Kräfteverhältnissen ausgeht. Dabei sind weder Kampf-wille noch Kräfteverhältnisse etwas Statisches: man kann und muß dafür wirken, um ersteren zu stärken und letztere zugunsten des Proletariats zu verschieben.

Wir haben hier nur die wesentlichen Punkte behandelt, jene Punkte, die sich mit besonderer Dringlichkeit aufzwingen, wenn es um die Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse, um die Sicherstellung und Verbesserung ihrer Kampfaussichten und um die günstigsten Voraussetzungen für den "qualitativen" Sprung auf die Ebene des politischen Klassenkampfes geht.

Wir zielen insbesondere darauf ab, der in Deutschland erst im Ansatz steckenden Aktivität der Partei im Gewerkschafts- und Betriebsbereich einen festen Rahmen zu geben. Unsere praktischen Richtlinien haben somit normativen Charakter. Sie sind in ihrem Ansatz wie in ihrer Zielsetzung nicht der Illusion unmittelbarer Erfolge unterworfen. Wir stützen uns auf die geschichtliche Erfahrung der Arbeiterbewegung und auf eine langjährige praktische Erfahrung unserer Partei im Ausland. Das ist vielleicht nicht viel, es ist aber immerhin genug, um die Bedürfnisse der Arbeiterklasse, den Weg, den sie unter den Schlägen des Kapitals zwangsläufig wird gehen müssen, und die Rolle des Opportunismus bzw. aller Organisationen der Klassenzusammenarbeit richtig einschätzen zu können.

Der allgemeine Inhalt dieser Richtlinien wie die hier vertretenen Forderungen und Kampfmethoden können daher einen Stützpunkt bilden für jeden Proletarier, der sich in Stadt und Land instinktiv oder bewußt gegen das Joch des Opportunismus auflehnt und der bemüht ist, die Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen seiner Klasse zu verteidigen.

Unter striktester Beachtung der ihnen zugrundeliegenden Prinzipien und Methoden sowie ihrer allgemeinen Orientierung werden diese Richtlinien den jeweiligen Problemen und Situationen angepaßt werden müssen. Das ist eine Frage der politischen Sensibilität und Reaktionsfähigkeit der Militanten, die sich der praktischen Gewerkschafts- und Betriebsarbeit widmen.

Die Forderungen, die wir in den Richtlinien stellen, sind indessen nicht als Grenzen zu verstehen, unter denen der Kampf oder die Anspornung zum Kampf nicht in Frage kämen. Wir wissen sehr gut, daß die gesteckten Ziele zunächst oft nicht erreicht werden können und daß die Kräfteverhältnisse bzw. der Entwicklungsgrad der realen Bewegung ebenso oft dazu zwingen werden, daß man sich auf Ziele zurückzieht oder zunächst Ziele stellt, die zwar auf derselben Linie liegen, aber begrenzter sind. Das ist übrigens im Laufe des ökonomischen Kampfes wie im allgemeinen des Klassenkampfes unvermeidlich.

Jeder Punkt der Richtlinien wirft zusätzliche Probleme auf, die einer gesonderten Untersuchung bedürfen. Damit befassen wir uns in unserer ganzen Tätigkeit, um auf solche Probleme nicht nur theoretisch, sondern auch mit den geeigneten praktischen Hinweisen antworten zu können. Der Aufruf zur Solidarität der Arbeiter in Uniform berührt z.B. die Frage der Forderungen innerhalb der Armee selbst. Die Frage der Gesundheitsschädlichkeit jener Arbeitsunfälle. Die Frage der Reaktion auf die legale und illegale Gewalt gegen Streikende und Ausländer berührt die längerfristige Frage der Organisation eines wirklichen Selbstschutzes usw.

Wir haben nicht den Anspruch gehabt, den ganzen Umfang der Fragen zu erfassen, die sich bei der gewerkschaftlichen und Betriebsaktion stellen. Es ging uns vor allem darum, einheitliche Richtlinien zu definieren, die auf eine maximale Vereinigung der Klasse und zunächst ihrer Vorhut hinwirken und dazu angetan sind, die Auflösung und Zersplitterung aufzuheben, zu der die bürgerliche Führung die Arbeiterklasse verurteilt. Aufgabe der Partei ist es, auf der Grundlage der Erfahrungen der kommenden Kämpfe und im Lichte der Prinzipien und der Erfahrungen der Geschichte das Gerüst immer genauer und vollständiger zu gestalten.

#### INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

In unserem Text "DIE POSITION DER PARTEI ZUR 'GEWERKSCHAFTSFRAGE'", veröffentlicht in der Broschüre "Was heißt es, den Marxismus zu verteidigen", findet der Leser eine Zusammenfassung der marxistischen Position zur Rolle und Bedeutung der ökonomischen Kämpfe, zur Aufgabe und geschichtlichen Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen sowie eine Darlegung der Bedingungen, unter denen eine breite und klassenkämpferische ökonomische Bewegung des Proletariats wieder entstehen und sich organisieren wird.

DAS EIGENTLICHE RESULTAT IHRER KÄMPFE IST NICHT DER UNMITTELBARE ERFOLG, SONDERN DIE IMMER WEITER UM SICH GREIFENDE VEREINIGUNG DER ARBEITER.  
Marx und Engels, "Manifest der Kommunistischen Partei", 1848.

#### LEST! ABONNIERT!

PROLETARIER  
Zweimonatszeitung  
Jahresabonnement: 6 DM - 44 ÖS - 6 FS

#### KOMMUNISTISCHES PROGRAMM

Nr. 22 Juni 1979

Inhalt:

- Die Verteidigung des Marxismus ist die Verteidigung der Waffe der proletarischen Revolution
- China auf dem Weg zur imperialistischen Großmacht
- Die Kommunistische Partei Italiens und die faschistische Offensive (1921 - 1924) - 1. Teil
- Rationalisierungen in Rußland im Osten wie im Westen führt das Produktivitätsrennen zu einer Steigerung der Ausbeutung

#### Internationale Presse

il programma comunista  
EL PROGRAMA COMUNISTA  
EL COMUNISTA  
Communist Program  
le prolétaire  
programme communiste  
EL PROLETARIO  
el-oumami

Presserechtlich verantwortlich und Kontaktadresse:

Helmuth Tammen  
Obentrautstr. 32 - 1 Berlin 61

Druck: Movimento Druck  
Waldemarstr. 33 - Berlin

DDR 1949 - 1979

## Rückblick auf 30 Jahre realen Kapitalismus

(Fortsetzung von S.1)

die DDR ganz im Geiste der Vereinbarungen von Potsdam und Jalta gegründet wurde. Auserwählte moskautreue Stalinisten, voran Ulbricht und Pieck, wurden eingeflogen, um die neue Führungsmannschaft zu bilden. Durch eine von ihnen gelenkte "totale Abrechnung mit den Kriegsverbrechern" (mit denen Moskau sechs Jahre zuvor imperialistisch zusammengearbeitet hatte) sollten die Proletarier verleitet werden, sich mit dem entstehenden Staat zu identifizieren. Die Phase der "antifaschistischen Umwälzung" von 45-49 als Gründerjahre der DDR gab der ja in nazi-faschistischem Gewand nicht mehr salonfähigen Diktatur des Kapitals die "saubere" Weste des Antifaschismus. Dies war umso leichter zu bewerkstelligen, als die deutschen Kapitalisten nicht für eine Kollaboration gewonnen werden konnten und in den Westen flohen: Als Vertreter einer hochentwickelten nationalen Wirtschaft, die mit dem westlichen Teil des Landes eine Einheit bildete, waren sie als Agenten einer Unterordnung der Interessen deutschen Kapitals unter die Interessen des rückständigen russischen Kapitals kaum zu verwenden.

Die totalitäre Erfassung der Arbeit nach den Bedürfnissen des Kapitals in einer Unzahl von Massenorganisationen, Initiativen, Wettbewerben, freiwilligen Arbeitsdiensten usw. wie FDGB, FDJ, DFG, GST waren das Gerüst einer neuen Kapitalakkumulation, die dem Arbeiter jetzt im Namen des Sozialismus schmuckhaft gemacht werden sollte. Zur Führung des Staates wurde die "Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" SED 1949 gegründet, die sich unter denjenigen rekrutierte, die bereit sind, die nackten Interessen des Kapitals wahrzunehmen, aber zugleich mit den Interessen des politisch und militärisch bestimmenden russischen Kapitals in Einklang zu bringen.

Die Massenmobilisierung, die 1949 in der Aktivistenbewegung nach dem Vorbild des russischen Stachanowismus der 30er Jahre ihren Höhepunkt erreichte, hatte das Ziel, die Arbeiter in das kapitalistische Arbeitsklima des Wettbewerbs, der Konkurrenz, der Arbeitsetze, der Produktivitätssteigerung einzuspannen, um nicht zuletzt angesichts der russischen Forderungen eine maximale Ausbeutung durchzusetzen. Das Ziel war der "Mensch neuen Typs", für den "die Arbeit nicht mehr eine unvermeidliche, drückende Last, sondern eine Sache der Ehre und des Ruhms" ist (Ost-SPD Chef Otto Grothwohl, 14. Oktober 1950). Das war noch immer der Traum eines jeden Bourgeois: Konsumverzicht und fügsames Verhalten bei ständig steigender Arbeitsleistung. Das kennzeichnete nicht nur in besonderen Maße die Gründerjahre der DDR, sondern unter diesem Stern des Profits und der Schweißauspression steht auch das Getöse um "30 Jahre DDR".

Eine erste offen proletarische Antwort bekamen Moskau und die Vertreter des Kapitals unter Moskauer Kontrolle am 17. Juni 1953. Ein den Kapitalismus kennzeichnendes Gesetz - wachsende Investitionen in der Schwerindustrie auf Kosten des Konsumgütersektors - zeigte damals nicht zum ersten Mal seine sozialen Früchte. Die durch die Aktivistenbewegung angestachelten und ab 1951 dann institutionalisierten Normerhöhungen, bei deren Durchsetzung sich die Gewerkschaften als besondere Scharfmacher zeigten, verschlechterten die Lebenslage zunehmend, sodaß den Bauarbeitern in Ostberlin als ersten der Krug platzte. Dem Aufstand gegenüber, der sich spontan auf alle größeren Städte ausdehnte, erwies sich das Politbüro zunächst als politisch und militärisch völlig unvorbereitet und hilflos, gerade weil angesichts der dem Faschismus abgucken, totalen politischen Straffung keine parlamentarische Ersatzmannschaft und "Alternative" da war. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes noch am selben Tag konnten die russischen Panzer die Lage wieder unter Kontrolle bringen. Dies übrigens ganz im Einvernehmen mit den Westmächten, die ihrerseits jede proletarische Solidaritätsaktion sorgfältig unterbunden hatten.

Obwohl jetzt mit der Liberalisierung unter Chruschtschow die Reparationen und Abgaben erlassen wurden, änderte sich wenig. Abgesehen von einigen Säuberungen konnte das Politbüro unter Ulbricht seine Stellung halten, auch unbeschadet der Unruhen in anderen Ländern des Warschauer Paktes. Den Arbeitern war eine Lektion erteilt, die saß, und man hatte jetzt eine freiere Hand für den Aufbau der nationalen Industrie; der Konsumsektor stand zwar nach wie vor hinten an, aber eine gewisse Stabilisierung trat ein.

Wie schon zwischen 1949 und 1953 auf dem

Höhepunkt der Fluchtbewegung in den Westen, machte sich der Widerstand gegen die zunehmende Ausbeutung bei weitgehendem Konsumverzicht auch in den folgenden Jahren auf diesem Wege Luft: das mächtigere Kapital zieht alles an sich, auch die Arbeitskraft und an erster Stelle die qualifizierte. Als sich 1961 die Lage zuspitzte - inzwischen hatte die DDR 2,5 Millionen Menschen, darunter ca. 1,5 Mio. Arbeitskräfte, d.h. mindestens 15 % des wesentlichen Kapitals, über das sie verfügte, durch Flucht verloren - wurde die Grenze zur BRD und Westberlin zwar nicht für Waren, aber für Menschen geschlossen. Die Tatsache, daß der Kapitalismus für die Arbeiter ein einziges Gefängnis und ein System von Mauern ist, wurde und wird hier offensichtlich.

Die 60er Jahre sind eine Phase der Konsolidierung, nachdem der Grundstock der Industrie in den 50er Jahren errichtet war. Im Rahmen der im gesamten Ostblock allmählichen Umstellung von extensiver zu intensiver Ausbeutung (die in Rußland dem Abschluß der ursprünglichen Akkumulation, in der DDR dem Abschluß des Wiederaufbaus entspricht) waren diese Jahre geprägt von der Debatte um die sog. Wirtschaftsreform. Schon mit Malenkows "neuem Kurs" des verbesserten Lebensstandards und der Politik der materiellen Interessiertheit ab 1956, also der Einsicht, daß willige Arbeitskräfte besser produzieren als solche, die sich unmittelbar drangsalieren fühlen, wie im allgemeinen mit der Stabilisierung der Ostblockländer und dem wirtschaftlichen Aufschwung unter dem Schlagwort der "aktiven Koexistenz" entsteht auch in der SED die Diskussion um das Primat der Ökonomie gegen die zentrale politisch-ideologische Vorgabe und Intervention. Zu einer Reform kommt es jedoch vorerst nicht. Erst 1963 mit dem offiziell vom "großen Bruder" vorgegebenen NÖSPL (Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung) unter Liberman wird auch in der DDR der Versuch der Umstellung der Wirtschaft unternommen, da die jetzt flexibleren und dynamischeren Triebkräfte mit dem alten Zwangskorsett der Wiederaufbauphase kollidierten. Den "gesunden Kräften des Marktes", genannt "ökonomische Hebel", wie Kosten, Preis, Gewinn, Kredit, Zins, Lohnprämien, Betriebsautonomie usw. sollte mehr Spielraum und Initiative gegeben werden. Solche Reformversuche sind das praktische Eingeständnis der Nichtigkeit der sogenannten "Planwirtschaft", deren Lächerlichkeit schon dadurch klar wird, daß die jeweils aufgestellten Pläne nicht nur nicht oder selten erfüllt werden - was zu einer dauernden nachträglichen Korrektur je nach Erfolg oder Mißerfolg der vorhergehenden Periode führt -, sondern auch von vornherein aufgestellt werden, um sie überzuerfüllen!

Die Reformen scheiterten und wurden Ende der 60er Jahre zurückgenommen. Darin äußert sich ein Grundwiderspruch der DDR (und auch der CSSR): Wirtschaftswachstum verlangt in diesen ausgebildeten Industriegesellschaften, daß man den "Kräften der Wirtschaft" freieren Lauf läßt; läßt man ihnen aber freieren Lauf, so laufen sie spontan in die Ehe mit dem Westen.

Konnte man aber das zentrale Problem der mangelnden Arbeitsproduktivität und der latenten passiven Arbeitsverweigerung durch die Reformen der 60er Jahre nicht bewältigen, so mußte man in

den 70er Jahren zwecks erhöhter und intensiver Arbeitsleistung doch mit einem neuen Anlauf beginnen. Erich Honecker, der ab 1971 Walter Ulbricht als Staatsoberhaupt ablöste, verkündete die Phase des Massenkonsums, des im Westen so bekannten "Wachstums und Wohlstands", der dem westlichen Kapital so einzigartige Profite bescherte. Die bessere Versorgung der Bevölkerung - auf dem 8. Parteitag noch "oberstes Gebot" - schwindet jedoch schnell wieder auf Kosten der Notwendigkeit wachsender Investitionen, und zwar vor allem der Rationalisierungsinvestitionen, wie es der im Mai 1976 stattgefundenen 9. Parteitag für den Rest der 70er Jahre als oberste Leitlinie festlegt. Es ist die Zwickmühle, in der das DDR-Kapital zwischen Ost und West eingeklemmt ist, die sich hier unter den Bedingungen wachsender Integration in den Weltmarkt wieder äußert: Um die Lieferverpflichtungen an Rußland (unter dem Diktat steigender Rohstoffpreise, insbesondere für Erdöl und Erdgas) erfüllen zu können, aber auch natürlich um die Wirtschaft überhaupt auf Vordermann zu bringen, benötigt man immer stärkere Importe westlicher Technologie, für die man aber immer schwieriger etwas zum Austausch feilbieten kann.

Produktivitätssteigerung, erhöhte Arbeitseffektivität und Materialersparnis sind die beherrschenden Schlagworte, mit denen die DDR-Proletarier rund um die Uhr bombardiert werden. Der einzige "Ausweg" heißt hier wie für den westlichen Kapitalismus: Rationalisierungen. Und das bedeutet steigende Ausbeutung bei enger werdendem Angebot an Konsum- und sog. Luxusgütern, das bedeutet Abnahme der sozialstaatlichen Leistungen, von denen so viel Aufhebens gemacht wird, das bedeutet Verschärfung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, der seit Bestehen der DDR das Leben im "realen Sozialismus" diktiert. Intershops und Westgeld - die Kanäle, welche die Kapitalisten in der DDR, diesem Staat mit zwei Währungen, erfunden haben, um die staatsbehaltenden Almosen des Westens einem Teil der Bevölkerung unmittelbar zufließen zu lassen -, permanente Einschüchterungs- und Terrormaßnahmen können nur zusätzlichen Zündstoff liefern für soziale Konflikte, die sich immer wieder mit spontaner Gewalt Luft machen. Wachsender Widerwille und Unmut der proletarischen Jugend bereiten den Kapitalisten in der DDR zunehmend Sorge. Der Bruch der stalinistischen "Sozialpartnerschaft" und die Wiederaufnahme des proletarischen Klassenkampfes werden nicht zuletzt dadurch erleichtert werden, daß den ostdeutschen Arbeitern endlich die Scheinalternative eines westlichen "Paradieses" genommen wird, an das sie sich wie an eine Erlösungshoffnung bisher glaubten klammern zu können, das sich nun aber mit den wachsenden Krisensymptomen mehr und mehr enttarnt. Damit wird den reformistischen Dissidenten zunehmend der Boden entzogen, sich unter Lobpreisung der "Errungenschaften" der westlichen Demokratie als Sachwalter des dortigen Proletariats aufzuspielen.

30 Jahre DDR - das heißt 30 Jahre Kapitalakkumulation, 30 Jahre Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats, daß heißt 30 Jahre lang den Sozialismus mit Füßen getreten zu haben. Kampf für den Kommunismus heißt, auch der kapitalistischen Akkumulationsdiktatur der DDR die Maske des "realen Sozialismus" vom Gesicht zu

reißen. Und Kampf für den Kommunismus heißt nicht minder, den "nationalen Gedanken" zu bekämpfen. Der Anspruch der Stalinisten, mit der DDR eine "sozialistische Nation auf deutschem Boden" errichtet zu haben, ist so lächerlich, daß selbst ein bestimmt nicht begnadeter Politiker wie CDU-Führer Kohl ihn völlig korrekt widerlegen kann: "Die sogenannte sozialistische Nation der DDR ist ein Widerspruch in sich, denn der Klassengedanke und der Nationalgedanke sind unvereinbar. Nur eines von beiden kann das Fundament politischer Ordnungsvorstellungen sein: entweder die Nation oder die Klasse" (Das Parlament, 1978, Nr. 11, S. 4).

Diese klare Klassenposition der Bourgeoisie rückt das nationale Gewäsch unserer "Linken" in Ost wie West erst richtig ins rechte Licht - und dies in jedem Sinne des Wortes.

Und was den Anspruch der deutschen Bourgeoisie auf "nationale Wiedervereinigung" und dessen "revolutionäre" Verklärung durch Maoisten, Trotzisten usw. angeht, so können wir nur bekräftigen, was wir in der Nr. 17 unserer Zeitschrift "Kommunistisches Programm" geschrieben, um damit diesen Rückblick abzuschließen:

Das sog. deutsche Volk war immer geteilt. Vor dem großen industriellen Aufschwung in einen "nationalen" Flickenteppich und nach der Zwangseinigung mit "Blut und Eisen" unter Bismarck immer noch in Proletariat und Bourgeoisie. Trotz der Nichteingliederung Österreichs (ein Bestandteil der "deutschen Nation"), standen die zwei wesentlichen Klassen der Gesellschaft seitdem nicht mehr vor einer nationalen, sondern vor einer internationalen Frage. Durch die Entwicklung des Kapitalismus wurden die nationalen Grenzen zu eng. Darauf antwortete die Bourgeoisie mit imperialistischer Expansion und das Proletariat mit der Behauptung seines Programms der Weltrevolution. Die Teilung des Deutschen Reiches nach 1945 war keineswegs die Folge der Niederlage in einem nationalen Befreiungs- oder Vereinigungskrieg (1), sondern der Niederlage in einem imperialistischen Krieg. Die deutsche Teilung diente nicht der Fesselung der "deutschen Nation", sondern der Fesselung des deutschen Imperialismus durch seine siegreichen Konkurrenten. Die "nationale Frage" ist in Deutschland objektiv die ideologische Hülle für imperialistische Bestrebungen. Sie hier im Namen der proletarischen Bewegung zu stellen hat eine ausgesprochen sozial-imperialistische Bedeutung, denn auf diesem Boden kann lediglich eine Verbindung der sozialen Bewegung des Proletariats mit der imperialistischen Politik der Bourgeoisie stattfinden. Die Ausweitung der Revolution in Europa wird sich nicht im Namen einer Wiederherstellung von Nationen vollziehen, sondern als revolutionäre Abschaffung nationaler Grenzen, als Ausweitung der Diktatur des Proletariats.

(1) Gerade die Nazis haben den 2. Weltkrieg als "großdeutschen Freiheitskampf" zur "Vereinigung der deutschen Nation" bzw. "aller deutschen Stämme" u. ä. ausgegeben. Wenn "Linke" heute die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zum Anlaß nehmen, um für die Wiederherstellung der deutschen Nation die Trommel zu rühren, so zeigen sie unmißverständlich, welcher Einschätzung des 2. Weltkrieges sie sich verpflichtet fühlen.

o o

## ZIMBABWE - RHODESIEN

(Fortsetzung von S. 2)

ausgerichtet sind wie auf die Befriedung der Kämpfe des Proletariats und der armen Bauernschaft, ist ersteres Ziel erst einmal erreicht.

**UNTERSTÜTZUNG DER KÄMPFENDEN SCHWARZEN MASSES BEDEUTET ZUALLERERST KAMPF GEGEN DEN EIGENEN IMPERIALISMUS!**

Somit wäre es überaus fatal, wenn wir den internationalistisch gesinnten Proletariern hierzulande eine Politik der offenen Unterstützung dieser nationalbürgerlichen Kräfte empfehlen würden. Täten wir dies, so würden wir dazu beitragen, die radikalen schwarzen Massen im nationalistischen Schlummer einzulullen. Denn diese Massen würden dann im Proletariat der imperialistischen Länder nicht eine Stütze finden im Versuch, sich vom bürgerlichen Nationalismus zu lösen, stünde dieses Proletariat doch in Reih und Glied in einer kompakten politischen Front mit dem Imperialismus. Die schwarzen Proletarier würden dann zu Recht sagen: "Die Alternative, aus einem klassenbewußten und wahrhaft internationalistisch handelnden Proletariat in den

imperialistischen Metropolen Mut und Kraft zu schöpfen und von ihm die politische Orientierung zu erhalten, um auf ein gemeinsames Handeln unabhängig von allen bürgerlichen Parteien hinzuarbeiten, existiert nicht, denn jenes Proletariat ist nicht sichtbar. Es steckt voll und ganz mit den bürgerlichen Politikern unter einer Decke, die gegen unsere revolutionären Interessen intrigieren. Internationale Klassensolidarität ist also eine bloße Phrase und keine Alternative zu einer Politik, die uns dazu führt, mit den bürgerlichen Kräften in unserem Land zusammenzugehen und von den bürgerlichen und imperialistischen Staaten Anerkennung und Unterstützung zu erleben."

Es gilt also, jenes klassenmäßige Verhalten im Proletariat wieder zu propagieren und zu praktizieren, das allein bewirken kann, daß die schwarzen Revolutionäre sich von den Kräften, die wir oben beschrieben haben, lösen. Gleich welches Verhalten man an den Tag legt, ob Passivität oder aktive Unterstützung der bürgerlichen Nationalisten der PF, so oder so verstrickt man schließlich die

Texte der Internationalen Kommunistischen Partei Nr. 2

## Revolution und Konterrevolution in Rußland

Warum Rußland nicht sozialistisch ist Der Marxismus und Rußland 94 Seiten/DM 3,—

Partei der Gegner der Revolution und verhindert ein internationales Zusammenwirken der proletarischen Klasse, wo doch letzteres die Voraussetzung für die Erfüllung selbst radikaler bürgerlicher Forderungen ist. Entschiedenster Kampf gegen den eigenen Imperialismus; deutliche Abgrenzung von den politischen Intrigen des internationalen Kapitals; Verbreitung und Export des marxistischen Programms und der revolutionären Taktik; Bildung und Förderung der kommunistischen Weltpartei - das ist die Solidarität, die die schwarzen Massen benötigen!

# Klassenunterdrückung, Frauenunterdrückung, Nationalitätenunterdrückung im Iran Die „islamische Revolution“ läßt ihren Schleier fallen

Angesichts des Machtwechsels im Iran schrieben wir im März: „Man wähnt sich Hüter des schiitischen Islam ist aber in Wirklichkeit nur Instrument der Verwandlung des Islam in einen religiösen Überbau des Kapitals. Man wähnt sich Nationalist, ist aber in Wirklichkeit Instrument einer Anpassung seiner Nation an eine vollzogene Entwicklung der Weltwirtschaft. Man wähnt sich US-Gegner“, arbeitet aber nur unbewußt, um die „weitere Herrschaft (der USA) unter den neuen Bedingungen zu ermöglichen. Man gibt sich als Freund der Arbeiter und der Armen aus, unterdrückt aber die sozialen Forderungen und die instinktive politische Bewegung der Arbeiter wie der Armen - mit Phrasen und Manövern zunächst, heute, unmittelbar nach Übernahme der Regierungsgeschäfte, bereits mit Drohungen und bald mit nackter Staatsgewalt. Man rühmt sich einer langen Gegnerschaft zum Schah, ist aber in Wirklichkeit dessen Erbe und Testamentsvollstrecker“ („Kommunistisches Programm“, 21).

Was sich seitdem abgespielt hat, zeigte hinlänglich, daß es im Iran keine Revolution gegeben hat, d.h. keine Zerschlagung des Staates, keine Ersetzung einer herrschenden Klasse durch eine andere, keinen Anlauf zur Errichtung einer neuen Produktionsweise. Die Welle des proletarischen und plebejischen Aufbruchs, die in den großartigen Februarkämpfen ihren Höhepunkt fand, konnte, wie elementare Aufstände generell, über die Grenzen der bürgerlichen Ordnung nicht hinausgehen. Fehlt die proletarische Klassenpartei und damit die Möglichkeit einer proletarischen Führung und Macht, so wird der Massenkampf zum Unterbau für Machtwechsel und Arrangements innerhalb der herrschenden Klasse.

Es hat im Iran auch keine Revolution begonnen, sondern es wurde eine abgeschlossen. In der Tat hatte der Schah die bürgerliche Umgestaltung der iranischen Ökonomie und Gesellschaft bereits weitgehend von oben, auf preußische Art, durchgeführt. Der iranischen Bourgeoisie und dem schiitischen Klerus ging es gerade darum, die Welle des Volkszornes und der Arbeiterkämpfe, die ja ein Produkt dieser kapitalistischen Umgestaltung ist, auszunutzen und zu disziplinieren, um die kapitalistische Revolution von oben zum Abschluß zu bringen, den aus den Fugen geratenen Staat zu retten und zu stärken. Wie schon Marx Mitte des vorigen Jahrhunderts nachwies, ist das Ziel und Ergebnis jeder bürgerlichen Umwälzung diese Stärkung des Staates. Daher auch die ganze Politik von Khomeini und den demokratischen bürgerlichen Kräften, die alles versucht haben, um zu verhindern, daß die Massenbewegung die Armee ergreift und somit zu ihrer Zersetzung

führt, während revolutionäre Kräfte im Gegenteil in der Zersetzung der Armee eine Voraussetzung ihres Sieges erblicken. Doch konnte die Entwicklung nicht gestoppt werden: die Streitkräfte haben sich zersetzt, und Khomeini und die Nationale Front wurden vom Februaufstand, den sie mit ihrer Hinhaltenaktik gerade zu verhindern gesucht hatten, überrumpelt. Die Bedrohung, die dieser Aufstand für alle (Schahanhänger, Klerus, bürgerliche Opposition) bedeutete, bewirkte die Einigung, die man vorher nicht hatte erzielen können: Die Regierungsübernahme erfolgte bekanntlich friedlich als Regierungsübergabe im Einvernehmen zwischen Generälen/Bakhtiar einerseits und Khomeini/Bazargan andererseits. Dem Volk wurde verboten, Armee, Polizei und SAVAK anzugreifen, und seit Februar ist das Kernproblem der neuen Regierung gerade die Wiederherstellung der Armee. Dies erfolgt im Schatten „islamischer Organisationen“ (die Kirche war die einzige Institution, die die Macht hatte, neben den Staatseinrichtungen selbst staats-erhaltend zu wirken), die den geschwächten Staat flankieren und die im Laufe der Kampfmonate um den Klerus herum zu einer bewaffneten Ordnungsmacht ausgebaut worden waren. Diese übernimmt neben der allgemeinen Abschreckung auch die Säuberung der Armee- und Polizeispitzen, die sich nicht allein als restlos unfähig erwiesen, sondern auch jede Autorität gegenüber der Truppe verloren hatten, weshalb ihre Besetzung und Hinrichtung eine Voraussetzung für die Wiederherstellung der Staatsmacht ist.

Die Rolle des Islam ist also keine reaktionäre im historischen Sinne (Rückkehr ins Mittelalter), sondern eine repressive im Sinne der Terrorisierung und Disziplinierung der Bevölkerung und der Staatserhaltung. Unbeschadet ihrer Phrasen, oder wenn man will ihres Selbstverständnisses, übernahm die neue Regierung sämtliche Tendenzen des Pahlevi-Staates.

Nicht klarer konnte dies zum Ausdruck kommen, als gerade in der Frage der unterdrückten Nationalitäten, die einen großen Teil der iranischen Bevölkerung ausmachen. Diese haben die Schwächung des Staates ausgenutzt, um wie früher schon gegen den Schah ihre alten Forderungen durchzusetzen. Die provisorische Regierung ihrerseits hatte schon im März ihre Entschlossenheit unterstrichen, „den Zerfall des Landes durch allzu weitgehende Autonomieerregelungen für die verschiedenen Volksgruppen zu verhindern. Der Stellvertretende Regierungschef Entezam sagte zu den heftigen Unruhen in Kurdistan, die Armee werde 'erbarmungslos' gegen alle antirevolutionären Kräfte vorgehen“ (NZZ, 22.3), wobei als „antirevolutionär“ alle Kräfte be-

trachtet werden, die den Bestand des Staates und der herrschenden sozialen Ordnung gefährden, oder sich der Wiederherstellung der Repressionsorgane entgegenstellen. Die Turkmenen, ein kleines, viehzüchtendes Volk im Nordosten des Landes, die im Zuge der „weißen Revolution“ ihrer Weiden beraubt worden waren, konnten durch Einsatz von Staatsgewalt relativ schnell unterdrückt werden. Ihre Besetzungen von Ländereien wurden rückgängig gemacht. Hartnäckiger und bedrohlicher gestaltete sich der Widerstand der starkzähligeren Kurden, die über eine alte Kampftradition gegen die Unterdrückung ihrer Nationalität verfügen. Auch hier hat der Kampf zugleich sozialen Charakter: „Wenn es heißt, antirevolutionäre Elemente hätten die Revolutionäre angegriffen und seien mit Verlusten zurückgeschlagen worden, so heißt das, daß kurdische Bauern mit Aghas (Großgrundbesitzern) und deren Helfern zusammengestoßen sind und daß daraufhin die Truppen und Revolutionswächter eingegriffen haben und gegen die kurdischen Dorfbewohner und Stammesleute vorgegangen sind“ - schrieb selbst die NZZ am 14.7.79.

Angesichts des Zustandes der Armee konnte die Regierung jedoch zunächst die waffengeübten Kurden in ihrem Gelände nicht besiegen. Es mußte daher jene Macht auf den Plan treten, die der Garant der staatlichen Einheit und der sozialen Ordnung im Iran war und ist - die USA. Durch ihre kaum verschleierte Lieferung von Treibstoff (auch von Waffenteilen war die Rede) im Juli ermöglichten sie Khomeinis Großoffensive gegen die Kurden - ganz in der Tradition des US-Oberst Schwarzkopf, der nach dem 2. Weltkrieg die Kurden für den Schah niedermetzeln ließ.

In diesem Zusammenhang zeigt sich die „antiimperialistische Einheitsfront“, in deren Namen die Linken Gruppen im Iran Khomeini trotz aller Vorbehalte und Opposition nur „loyal“ bekämpfen und an ihn appellieren, in ihrer ganzen verheerenden Konsequenz. Durch sie liefert man sich trotz allen Heldenmuts jenem Feind aus, den man zu bekämpfen meint. Auf dieser politischen Ohnmacht beruht auch die Tatsache, daß angesichts der wachsenden Repression des Staates diesen Linken allein zwei Alternativen bleiben: der hilflose Protest oder der Versuch eines verzweifelten letzten Kampfes, in dem das Proletariat, wie in den Pariser Julitagen 1848, sich instinktiv und unvorbereitet vom Reich der Phrase und des naiven Taumels befreien würde, aber eine schreckliche Niederlage einstecken müßte.

Dem in der Tat haben die Arbeiter, sieht man von Lohnerhöhungen in der Erdölindustrie ab, von der neuen Regierung keine

soziale Forderung erfüllt bekommen; bestätigt bekommen haben sie aber seit dem Machtwechsel, daß sie Wasserträger ihrer neuen Unterdrücker waren. Khomeini forderte sofort den Abbruch des langen Generalstreiks, setzte ihn durch und erklärt seitdem sämtliche Arbeiterkämpfe für „antirevolutionär“ und gottlos. Für die Wirtschaftskrise soll aber das Proletariat fügsam zahlen, worauf es mit Betriebsbesetzungen und angesichts der extrem wachsenden Arbeitslosigkeit mit wiederholten Demonstrationen antwortet. Darauf entgegnet die Regierung mit wachsender Repression für die Arbeiter und... Appellen gegen Preistreiber an die Miet- und Jene Arbeiter, die mit der Entfernung des SAVAK aus den Betrieben gekämpft haben, mußten nach dem Sieg der „islamischen Revolution“ die Parole der Besetzung der islamischen Komitees aus den Betrieben lancieren, womit sie spontan die marxistische Einschätzung des iranischen Machtwechsels zum Ausdruck brachten.

Eins der wesentlichen und großartigsten Kennzeichen der Welle von Klassenkämpfen im Iran war das massenhafte, durch den Kampf bewirkte Erwachen der Frauen, die ins öffentliche und politische Leben mit springflutartiger Energie traten, wofür die am 8.11.78, dem berühmten Schwarzen Freitag, erschossenen 700 Iranerinnen und die vor dem Februaufstand im Laufe des Kampfes verhafteten 4 000 Frauen ein bedeutendes Zeugnis ablegten. Gerade den Frauen mußte daher die Repression besonders gelte, um sie, die der Kapitalismus zu Kämpferinnen und damit zu Menschen gemacht hat, in die Enge des häuslichen Lebens zurückzuschlagen; nicht um ihre Eingliederung in die Produktion rückgängig zu machen, sondern um die politischen Folgen dieser Eingliederung zu unterdrücken. Unbeschadet dessen, was sich die geistlichen Herren denken, geht es objektiv darum, und nicht um den Schleier, den die Frauen als Protestsymbol gegen den Schah einsetzten, wie sie später als Protestsymbol gegen die jetzigen Herrscher zu 50 000 auf einer Großdemonstration geraucht haben - auch die Nichtraucherinnen.

Die Illusionen, welche die Wirklichkeit selbst zerstört, werden immer mehr schwinden. Sie sollen aber nicht enttäuschter Apatie Platz machen, sondern den Boden klarer materieller Tatsachen freilegen. Auf ihm ist die Revolution vorzubereiten: nüchtern, beharrlich, internationalistisch und international. Das Lehrgeld, um nach Jahrzehnten weltweiter Verschüttung der proletarischen Klassenpositionen sich diese wieder anzueignen, wurde und wird bezahlt. Wir müssen dafür arbeiten, daß es nicht umsonst bezahlt wird.

ben die USA das Recht, die Völker Indochinas, nachdem sie sie ins Elend gebombt haben, ihrem Schicksal zu überlassen. Und nach eben derselben Logik hat Hanoi das Recht, die kleinen selbständigen Geschäftleute zu enteignen und rauszuschmeißen, die es nicht in Lohnarbeiter verwandeln kann oder die sich nicht in Lohnarbeiter verwandeln lassen. Hanoi läßt sie in barer Münze für die Illusion zahlen, selbständig und - im Einklang mit der Ideologie, die Osten und Westen gleichsam verkünden - frei zu sein.

Von den klassischen Ökonomen der Bourgeoisie schrieb Marx im „Kapital“, sie betrachteten die „frechste Schändung des heiligen Rechts des Eigentums“ und größte Gewalttat wider Personen“ mit „stoischer Seelenruhe“, sobald es darum ging, damit „die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise herzustellen“. Die heutigen bürgerlichen Ökonomen und Politiker täuschen vor, die selben Erscheinungen mit tiefstem Schmerz in der Seele zu betrachten. Sie sind tausendmal ekelhafter und verächtlicher, ebenso wie in unseren Tagen auch die bescheidensten und „schamhaftesten“ Gewalttaten des Kapitals tausendmal frecher und gröber sind.

So, im Hinblick auf die eine oder die andere Seite betrachtet, erweist sich der vietnamesische „Holocaust“, „Exodus“, oder wie man es nennen will, als eines der unzähligen „verborgenen“ Dramen, auf deren regelmäßiger Wiederkehr die stolze kapitalistische Gesellschaft (unter welchem liberalen oder „sozialistischen“ Etikett auch immer) gegründet ist. Und die Vertreter der Bourgeoisie werden darüber nur dann eine Träne vergießen, wenn es dem Konkurrenzkampf ihres Lagers gegen das andere dient.

Die kapitalistische Produktionsweise birgt in sich die größten schöpferischen und mehr noch zerstörerischen Kräfte, die die Geschichte je gekannt hat. Ihr Fortschritt und ihre Errungenschaften werden weiterhin und in zunehmendem und immer schrecklicherem Maße von solchen unzähligen „verborgenen“ Dramen begleitet werden, bis sie unter den Schlägen der proletarischen Revolution zugrundegeht.

## Das Flüchtlingsdrama in Südostasien

(Fortsetzung von S.1)

„Verbrechen“ der vietnamesischen Regierung, die sich der überschüssigen Menschen entledigt, und andererseits das „Verbrechen“ der thailändischen, malaysischen, philippinischen oder gar ... chinesischen Regierungen, die, nachdem sie zunächst eine begrenzte Anzahl Flüchtlinge der ersten Welle aufgenommen hatten, dann ihre Tore schlossen und die Leute buchstäblich ins Meer zurückwarfen, weil sie ebensowenig wie Vietnam diesen Menschen Brot geben, sprich sie ausbeuten können.

Der höchst menschenfreundliche Westen „vergißt“, daß seine fortgeschrittensten und zivilisiertesten Länder sich im Laufe der letzten Jahre einer viel größeren Anzahl von „Gastarbeitern“ entledigt haben. Allein diese Hochburgen der Zivilisation und des Wohlstandes, die BRD, die Schweiz, Österreich und die Niederlande, haben zwischen 1974 - 77 über 1 Million Ausländer auf mannigfache Art gezwungen, das Weite zu suchen. Diese waren willkommen, solange man sie für die Produktion brauchte, wurden aber unbrauchbar und damit lästig von dem Augenblick an, da man infolge der Wirtschaftskrise sie nicht mehr profitabel ausbeuten konnte. Der Westen „vergißt“, daß zu dem Zeitpunkt, wo die südostasiatischen Länder den Vietnam-Flüchtlingen die Aufnahme verweigerten, fast alle wichtigen Länder Europas damit beschäftigt waren, die Ausländergesetze zu verschärfen, die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen für ausländische Arbeiter einzuschränken und noch repressiver zu machen, bzw. das so gepriesene Asylrecht in das Recht auf Verweigerung von Asyl zu verwandeln. Das Bild der aus politischem Kalkül aufgenommenen vietnamesischen Flüchtlinge verdeckt z.B. die massive Abschiebung der Pakistanis, namentlich aus Westberlin; diese Pakistanis, die, um dem Elend in ihrem Land zu entfliehen, ebenso ihre letzten Reserven den Fluchthilfeagenten in den Rachen

schoben, um in die BRD zu kommen, und die hier, noch bevor sie sich durch einen Asylantrag dürftig irgendwie absichern konnten, wie Tiere in den Straßen, Unterküften, Ämtern gejagt und in ihre „Heimat“ verfrachtet wurden und werden.

Es genügt nicht, Flüchtling zu sein, um auf „Menschenliebe“ zu treffen und Almosen zu bekommen (und mehr als Almosen hält der Westen für die „boat people“ aus Vietnam allerdings auch nicht bereit). Sofern man als Arbeitskraft nicht in der Produktion ausgebeutet werden kann, muß man sich als Rohstoff für den Propagandakrieg zwischen den beiden imperialistischen Blöcken „produktiv“ einsetzen lassen.

Der vermeintlich sozialistische Ostblock seinerseits protestiert gegen die Kampagne des Westens und meint, diese diene nur dazu, die wirklichen und einzigen Verantwortlichen für die vietnamesische Katastrophe zu verdecken: die USA, die zunächst die Bevölkerung Indochinas mit den raffiniertesten Kriegswaffen ins Elend stürzten und ihr dann die versprochene „Wiederaufbauhilfe“ vorenthielten. Der vermeintlich sozialistische Osten „vergißt“ zweierlei. Erstens, daß nur Antimarxisten vom Kapital erwarten und verlangen können, daß es anderen Gesetzen als seinen eigenen gehorcht. Zweitens, daß die Regierung in Hanoi kaum ein Geheimnis davon macht, welche Ziele sie mit der ganzen „Flüchtlingsoperation“ verfolgt. Diese Ziele sind keineswegs neu: Es handelt sich um den Enteignungsfeldzug gegen die kleinen Produzenten, die selbständigen Handwerker und Kleinhandlärer, der die weitweite Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise immer begleitet hat, bzw. eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen ist. Zugunsten der Konzentration des Kapitals in privater oder staatlicher Hand, zugunsten des Großkapitals müssen die Menschen in den Genuß der höchsten Freiheit gelangen, die die bürgerliche Gesellschaft

kennt: Sie müssen von allen Reserven „befreit“ werden, um ihre nackte Arbeitskraft zu Markte zu tragen. Es handelt sich um einen Prozeß der organisierten Enteignung, der als solcher untrennbar ist von der Zwangsintervention der zentralen Staatsmacht. Die vietnamesischen Flüchtlinge, fast ausnahmslos chinesische Kleinhandlärer, die im Schatten des Vietnam-Krieges eine gewisse Reserve akkumuliert und in Gold angelegt hatten, müssen dieses Gold und ihre Warenbestände dem staatlichen Akkumulationsfonds überlassen. Sie werden damit zu den Nachfolgern der „freien“ Bauern und Handwerker Englands, die vor fast 300 Jahren zum Schicksal von Lumpen verdammte wurden, von „Flüchtlingen“, die innerhalb der Grenzen des eigenen Landes ein Vagabunden-Dasein führten. Ein Teil dieser Vagabunden wurde seinerzeit in Arbeitshäusern zu Lohnarbeitern „umerzogen“ - wie heute auch in Vietnam ein Teil in „Landkommunen“ umerzogen wird. Der große Unterschied besteht aber darin, daß in England eine große Industrie vorhanden oder im Entstehen begriffen war, die diese Leute nicht allein bis auf die Knochen auszubeuten bestrebt war, sondern sie auch aufnehmen konnte. In Vietnam hingegen gebieten die „höheren Interessen“ des eigenen Landes, daß die Kleinproduzenten und -händler nach der Enteignung als unbrauchbare menschliche Ressourcen das Land verlassen, weil dem Heißhunger nach Profit kein angemessener lokaler Apparat zur Profitauspressung entspricht. Und diese proletarisierten Massen würden zudem nicht allein einen sozialen Sprengstoff darstellen, sondern als Angehörige der chinesischen Minderheit auch einen subversiven außenpolitischen Faktor bilden.

Der vermeintlich sozialistische Ostblock „vergißt“, daß im Wesen der Sache nichts anderes unter der sogenannten „Entkulakisierung“ auf dem russischen flachen Land geschah, als man zu Stalins Zeiten unter dem Vorwand des „sozialistischen Aufbaus“ die erweiterte und beschleunigte Akkumulation des Kapitals, soweit man es konnte auf nationaler Ebene, vorantrieb.

Kurzum, nach der Logik des business ha-